

SCHWEIZERISCHE
NATIONALBANK

1966

NEUNUNDFÜNFZIGSTER
GESCHÄFTSBERICHT DER
SCHWEIZERISCHEN
NATIONALBANK

1966

BERICHT DES DIREKTORIUMS
ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK
IM JAHRE 1966

A. ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Expansion der westlichen Industriestaaten setzte sich auch im Jahre 1966 fort. In den einzelnen Ländern nahm die konjunkturelle Entwicklung jedoch einen unterschiedlichen Verlauf. Die Intensivierung der Wirtschaftstätigkeit führte in den *Vereinigten Staaten von Amerika* zu einer starken Beanspruchung der Produktivkräfte. Dabei machten sich vor allem auch im Zusammenhang mit dem Konflikt in Vietnam in zunehmendem Masse Anspannungserscheinungen geltend, was die Tendenz zu Preiserhöhungen verstärkte. Ein mässigender Einfluss ging von der restriktiven Geldpolitik aus, welche die Zinshausse beschleunigte. Die Zinsen erreichten in den Vereinigten Staaten denn auch ein für dieses Land ungewohnt hohes Niveau.

In *Grossbritannien* und der *Bundesrepublik Deutschland* zeitigten die von den Behörden ergriffenen Dämpfungsmassnahmen Erfolge. In Deutschland ging das Bestreben dahin, die Expansion auf ein normales Mass zurückzuführen, und in Grossbritannien soll das aussenwirtschaftliche Gleichgewicht durch Abkühlung des Wirtschaftsklimas und strukturelle Anpassungen in der Wirtschaft herbeigeführt werden.

In *Frankreich* und *Italien* setzte sich ein Aufschwung ohne übermässige Beanspruchung der verfügbaren Produktionsfaktoren durch.

Die Wirtschaft der *Niederlande* stand weiterhin im Zeichen starker Auftriebskräfte, die jedoch im Laufe des Jahres, nicht zuletzt dank einer straffen Kredit- und Einkommenspolitik, an Virulenz einbüssten. Die Passivierungstendenz der Ertragsbilanz schwächte sich ab, und die Lage am Arbeitsmarkt zeigte eine deutliche Entspannung. In *Belgien* verlangsamte sich das wirtschaftliche Wachstum. Der Produktionsanstieg kam zum Stillstand, die private Investitionstätigkeit stagnierte, und die Zahl der Beschäftigten bewegte sich rückläufig. In *Schweden* stieg die Wirtschaftstätigkeit in ruhigen Bahnen weiter an. Im Gefolge einer sich nur langsam ausweitenden Nachfrage hielt sich die Importzunahme in engem Rahmen; da aber der Export gleichzeitig eine kräftige Steigerung verzeichnete, fiel das Defizit der Handelsbilanz weniger umfangreich aus als im Jahre

1965. In *Österreich* erfuhr die Wirtschaftstätigkeit eine Belebung. Die Nachfrage nahm stärker zu als das Angebot, was in einer Vergrößerung des Defizits der Ertragsbilanz Ausdruck fand.

Für die Industriestaaten bildet die *Inflationsbekämpfung* nach wie vor ein wirtschaftspolitisches Zentralproblem. Eine kräftige, sich selbst stimulierende Expansion der Wirtschaft gefährdete immer wieder die Preisstabilität sowie das ausserwirtschaftliche Gleichgewicht und damit die Konstanz des Wachstums selbst. Obwohl im Kampf gegen die Inflation nur Teilerfolge verzeichnet werden konnten, ist doch das Bestreben, ihr entgegenzutreten, nicht erlahmt.

Eine grosse Zahl von Entwicklungsländern wurden in ihrem Wachstum vor allem durch die inflationäre Finanzierung der Staatsausgaben beeinträchtigt.

Der *weltweite Zinsanstieg*, vor allem als Folge einer allgemeinen Kapitalverknappung, nahm im Berichtsjahr seinen Fortgang. In manchen Ländern erreichten die Zinssätze einen seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr verzeichneten Stand.

Eine der wichtigsten Ursachen bildete in Europa die Reduktion des Kapitalexports der Vereinigten Staaten, die von den amerikanischen Behörden zum Ausgleich der Zahlungsbilanz angestrebt wurde. Hand in Hand mit dem verminderten Zufluss amerikanischen Kapitals nach Westeuropa erhöhte sich die Kapitalnachfrage amerikanischer Firmen auf den westeuropäischen Märkten. Dazu kam eine wachsende Kapitalnachfrage der Industrie für die Finanzierung von Investitionen, da sich die Gewinnmargen und damit die Selbstfinanzierungskraft der Unternehmungen infolge der gestiegenen Lohnkosten und der zunehmenden internationalen Wettbewerbsintensität verminderten. Als weiterer Nachfragefaktor fiel der erhöhte Kapitalbedarf der öffentlichen Hand, insbesondere für die Anpassung der Infrastruktur an das Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung, ins Gewicht.

Auf dem Gebiet der *europäischen Wirtschaftsintegration* konnten innerhalb der beiden Blöcke weitere Fortschritte erzielt werden, ohne dass sich jedoch zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) eine Annäherung vollzog. In der EFTA wurde Ende des Jahres der volle Zollabbau für Industriewaren erreicht. Im Bereiche der EWG ist die grundsätzliche Einigung in der Agrarpolitik hervorzuheben. Grossbritannien bereitete einen neuen Vorstoss vor, um den Anschluss an den Gemeinsamen Markt zu finden. Die Bemühungen, die Zolldiskriminierung zu vermindern, wurden im Rahmen der sogenannten Kennedy-Runde innerhalb des Allgemeinen Abkommens über die Zölle und den Handel (GATT) fortgesetzt.

2. Internationale Währungsentwicklung

Die *internationalen Währungsverhältnisse* blieben auch im Berichtsjahr von Störungen nicht verschont. Das Pfund Sterling geriet im Juli in eine neue ernste Vertrauenskrise, der die britische Regierung nur durch drastische Massnahmen und mit Unterstützung anderer Notenbanken Herr zu werden vermochte.

Die Zahlungsbilanzen entwickelten sich insgesamt in der Richtung eines besseren Gleichgewichts; allerdings konnten das amerikanische und das britische Defizit noch nicht beseitigt werden. Die Goldverluste der Vereinigten Staaten waren geringer als im Vorjahr, doch standen die rasch anwachsenden Aufwendungen für den Krieg in Vietnam und der durch die starke interne Wirtschaftsexpansion bedingte Einfuhrsog einer weiteren grundlegenden Besserung der Zahlungsbilanz entgegen. Italien behielt eine ausgeprägte, wenn auch gegenüber dem Vorjahr abgeschwächte Überschussposition bei. Diejenige Frankreichs machte im Laufe des Jahres einer Passivierung Platz. Die Defizite in der Aussenwirtschaft der Bundesrepublik wurden in der zweiten Jahreshälfte durch wachsende Überschüsse abgelöst. Desgleichen zeigte die japanische Zahlungsbilanz eine aktive Tendenz.

Im Bemühen, zu einem besseren Ausgleich der Zahlungsbilanz zu kommen, sahen sich einzelne Defizitländer veranlasst, dem zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr Hemmnisse aufzuerlegen. Grossbritannien schränkte nach der Julikrise den Kapitalexport drastisch ein und kürzte mit Wirkung ab November die Devisenzuteilung für den Reiseverkehr ins Ausland beträchtlich. Dagegen liess die britische Regierung die seit November 1964 erhobene zusätzliche Einfuhrabgabe von 10% auf Ende November 1966 dahinfallen. In den Vereinigten Staaten wurden die Empfehlungen zur Zurückhaltung beim Kapitalexport aufrechterhalten. Andererseits beschloss Frankreich gegen Jahresende, die Bestimmungen über Auslandsanlagen der Banken, die Devisenkontrolle und die Einschränkungen für kurz- und langfristige Anlagen im Ausland zu lockern.

Die italienischen Behörden waren weiterhin bestrebt, die hohen Ertragsbilanzüberschüsse durch kurzfristige Auslandsanlagen der Banken, vornehmlich am Euromarkt, wieder ins Ausland abzuleiten, nicht zuletzt um einer übermässigen Anhäufung ihrer Währungsreserven und einer Verknappung der internationalen Geldmärkte entgegenzuwirken.

Die seit einiger Zeit im Gang befindlichen *Gespräche über eine Reform des internationalen Währungssystems und insbesondere über die Frage der Schaffung zusätzlicher Währungsreserven* wurden im Berichtsjahr sowohl im Rahmen des Internationalen Währungsfonds als auch im Club der zehn massgebenden Industriestaaten, die zugleich Träger der «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» vom Januar 1962 sind, intensiv weitergeführt. Einem Auftrag Folge gebend, der ihnen anlässlich der Jahresversammlung der Institutionen von Bretton Woods im September 1965 erteilt worden war, bemühten sich die Währungsexperten des «Zehner-Clubs», eine Einigung über die wesentlichen Elemente eines Bereitschaftsplanes zur Schaffung zusätzlicher Währungsreserven im Falle einer weltweiten Liquiditätsknappheit zu erzielen. Die Ergebnisse ihrer Beratungen wurden in einem Bericht den Finanzministern und Notenbankgouverneuren unterbreitet und von diesen im Juli an einer Sitzung in Den Haag genehmigt. Die Mitgliedstaaten des «Zehner-Clubs» kamen zum Schluss, dass ein weltweiter Mangel an Liquidität weder bereits vorliegt noch für die nächste Zukunft zu befürchten ist. Übereinstimmend wurde eine Verbesserung der bestehenden Einrichtungen des internationalen Währungssystems empfohlen, insbesondere der Massnahmen zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts sowie der multilateralen Überwachung

der Zahlungsbilanzentwicklung und des Ausgleichs der Saldi. Mit Ausnahme Frankreichs wurde die Auffassung vertreten, dass, obschon nicht mit einer unmittelbaren Liquiditätsknappheit gerechnet werden müsse, ein konkreter Bereitschaftsplan ausgearbeitet werden sollte, der im Falle eines weltweiten Bedarfs an zusätzlichen Währungsreserven in Kraft zu setzen wäre. Frankreich hielt es für verfehlt, ohne zwingende Notwendigkeit bereits einen Reserveschöpfungsplan aufzustellen, da die Verhältnisse im Zeitpunkt einer allfälligen Liquiditätsknappheit heute noch nicht vorauszusehen seien. Über die Form, welche die zusätzlich zu schaffenden Währungsreserven erhalten sollten, die Einzelheiten ihrer Verwendung und die Modalitäten der Beschlussfassung konnten sich die Währungsexperten in ihrem Bericht nicht einigen. Immerhin haben sich verschiedene Varianten herauskristallisiert, welche für die Verwirklichung eines Reserveschöpfungs-systems in Frage kommen. Die Bemühungen der Währungsexperten um eine Lösung der noch offen gebliebenen Probleme werden fortgesetzt.

Auf Antrag der Vereinigten Staaten hatten die Finanzminister und Notenbankgouverneure des «Zehner-Clubs» an ihrer Zusammenkunft vom September 1965 in Washington in Aussicht genommen, die Diskussion über eine Reform des internationalen Währungssystems und über die Frage der Schaffung zusätzlicher Währungsreserven in einem grösseren Kreise weiterzuführen, sobald innerhalb des «Zehner-Clubs» eine Einigung über die wichtigsten Elemente eines Reservebildungs-Systems erzielt worden wäre. Obschon eine volle Übereinstimmung seither nicht erreicht werden konnte, wurde auf Vorschlag der Finanzminister und Notenbankgouverneure im November 1966 eine erste gemeinsame Sitzung der Währungsexperten des «Zehner-Clubs» und der Exekutivdirektoren des Währungsfonds abgehalten.

Die Schweizerische Nationalbank war an den Währungsgesprächen weiterhin durch Beobachter vertreten.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Diskussion über die Reform des internationalen Währungssystems lieferte eine im Rahmen der OECD eingesetzte Arbeitsgruppe mit einem Bericht über die Methoden des Zahlungsbilanzausgleichs, der wirtschaftspolitische Empfehlungen für eine beschleunigte Wiederherstellung gestörter Zahlungsbilanzen enthält.

Die Notenbanken setzten ihre *Zusammenarbeit auf währungspolitischem Gebiet* im Berichtsjahr fort. Anlass hiezu bot vor allem das englische Pfund. Die der Bank of England Anfang September 1965 von zehn Noteninstituten sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gewährte Unterstützung in Form kurzfristiger Kreditzusagen wurde im März 1966 um weitere drei Monate verlängert. Die Hilfe musste indessen von Grossbritannien nicht in Anspruch genommen werden. Im Juni 1966 kam sodann zwischen den wichtigsten Noteninstituten und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) einerseits, der Bank of England andererseits eine weitere Vereinbarung zustande, in der den englischen Währungsbehörden Rückendeckung für den Fall zugesichert wurde, dass Grossbritannien Reserveverluste aus einem Abbau ausländischer Pfundguthaben erwachsen sollten. An der Vereinbarung beteiligte sich diesmal auch Frankreich. Von der Kreditzusage hat die Bank of England in der Folge in einem begrenzten

Ausmass Gebrauch gemacht. Schliesslich bot die bereits erwähnte Pfundkrise Anlass, die seit einigen Jahren zwischen der Federal Reserve Bank of New York und elf weiteren Währungsinstituten bestehenden Swap-Kreditlinien von insgesamt 2,8 auf 4,5 Milliarden Dollar zu erhöhen. Die Swap-Limite zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien wurde dabei von 750 auf 1 350 Millionen Dollar heraufgesetzt. Erwähnung verdient schliesslich in diesem Zusammenhang ein Kredit der Banca d'Italia an den Internationalen Währungsfonds im Gegenwert von 250 Millionen Dollar, welcher es den Vereinigten Staaten ermöglichte, in gleichem Umfang italienische Lire vom Währungsfonds zu ziehen und damit Dollars vom italienischen Noteninstitut zurückzukaufen. Zum ersten Male beschaffte sich damit der Währungsfonds ausserhalb der «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» eine Währung auf dem Kreditweg.

An der währungspolitischen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene nahm auch die *Schweiz* wiederum aktiven Anteil. Die der Bank of England im Zusammenhang mit der Kredithilfe des «Zehner-Clubs» in den Jahren 1964 und 1965 gewährten Darlehen von insgesamt 120 Millionen Dollar oder 519 Millionen Franken wurden jeweils am Ende der Laufzeit von drei Monaten verlängert. Die Schweizerische Nationalbank partizipierte sodann an der bereits erwähnten Kreditzusage an die Bank of England vom Juni 1966 und stimmte schliesslich einer Aufstockung der Limiten ihrer Swap-Vereinbarungen mit der Federal Reserve Bank of New York sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich um je 50 auf je 200 Millionen Dollar zu.

3. Grundzüge der schweizerischen Wirtschafts-, Kredit- und Kapitalmarktlage

Die Verlangsamung im Wachstum der schweizerischen Wirtschaft, welche 1964 begonnen hatte, setzte sich auch im Berichtsjahr fort. Sie war vor allem durch den Rückgang der berufstätigen Bevölkerung verursacht. Immerhin ermöglichten die Fortschritte der Rationalisierung eine auch im internationalen Vergleich beachtliche Leistungssteigerung der schweizerischen Wirtschaft.

Der wirtschaftliche Entwicklungsrhythmus war nicht einheitlich. Während im Aussenhandel – zunächst im Export, im späteren Verlauf des Jahres auch im Import – hohe Zuwachsraten erzielt wurden, schwächte sich der Anstieg des privaten Güterkonsums weiter ab, da die Erhöhung der individuellen Einkommen durch die Auswirkungen des Abbaus des Fremdarbeiterbestandes teilweise kompensiert wurde. Indessen dürfte sich die Nachfrage nach Dienstleistungen verstärkt haben. Die privaten Investitionen blieben leicht hinter dem Ergebnis des vorangegangenen Jahres zurück, doch hielt sich die Investitionstätigkeit, gemessen sowohl am Sozialprodukt wie auch im Vergleich zu anderen Industriestaaten, nach wie vor auf hohem Niveau. Das gilt insbesondere auch für den Wohnungsbau, der nicht den manchenorts befürchteten Rückgang erfahren hat.

Die kräftige Expansion der Ausfuhr bewirkte, zusammen mit den gesteigerten Einnahmen aus dem internationalen Dienstleistungsverkehr, dass die schweizerische Ertragsbilanz, die in den Vorjahren mit Defiziten abgeschlossen hatte, einen Aktivüberschuss aufwies. Demnach hat sich eine

bessere Übereinstimmung zwischen der Ersparnisbildung und den Investitionen im Inland herausgebildet.

Es wäre wohl eine deutlichere Beruhigung und Normalisierung der Konjunkturlage eingetreten, wenn sich nicht die Ausgaben der öffentlichen Hand beträchtlich erhöht hätten. Dadurch wurde die Abschwächung im Bereich der privaten Wirtschaft weitgehend kompensiert.

Unerfreulich war die Preisentwicklung. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten um 4,6% brachte unser Land in die Gruppe der Industriestaaten mit überdurchschnittlichen Teuerungsraten. Dazu trug vor allem der kräftige Anstieg der Löhne bei, die infolge des weiterhin hohen Bedarfs an Arbeitskräften und der geringen Angebotselastizität auf dem Arbeitsmarkt wesentlich rascher zunahmen als die Produktivität der Wirtschaft. Hier schien ein *Circulus vitiosus* am Werke zu sein, der durch die Expansion der öffentlichen Nachfrage noch beschleunigt wurde.

Der Geld- und Kapitalmarkt blieb auch im Berichtsjahr angespannt, obwohl die Aktivierung der Ertragsbilanz tendenziell in der Richtung eines höheren Mittelangebots hätte wirken sollen. Da aber das gegenüber dem Ausland bestehende Zinsgefälle den Geld- und Kapitalexport anregte und zudem die Anleger in Erwartung höherer Zinssätze Zurückhaltung übten, vermochte sich der von der Ertragsbilanz ausgehende Verflüssigungseffekt nicht durchzusetzen. Dazu kam, dass der Kreditbedarf der Wirtschaft hoch blieb und insbesondere von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften aller Stufen wachsende Ansprüche an den Kreditapparat und den Kapitalmarkt gestellt wurden. Ein weiterer Anstieg der Zinssätze erwies sich unter diesen Umständen als unvermeidlich. Die Nationalbank war zwar bestrebt, auf Zinsausschläge nach oben mässigend einzuwirken, doch konnte sie die einheimische Geldwirtschaft nicht gegen die Einflüsse der weltweiten Zinshausse abschirmen. Der Versuch einer künstlichen Tiefhaltung der Zinssätze durch massive Marktverflüssigung fiel ausser Betracht; er wäre nicht nur mit den Bestrebungen zur Inflationsbekämpfung in Widerspruch gestanden, sondern angesichts der Interdependenz der internationalen Geldmärkte wohl von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.

4. Die konjunkturpolitischen Massnahmen

Der am 17. März 1964 in Kraft getretene und in der Volksabstimmung vom 28. Februar 1965 angenommene Bundesbeschluss über die Bekämpfung der Teuerung durch Massnahmen auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens (Kreditbeschluss) wurde von den eidgenössischen Räten um ein Jahr bis zum 17. März 1967 verlängert. Eine Weiterführung des Baubeschlusses war vom Bundesrat im Hinblick auf die gesamthaft verminderte Nachfrage nach Bauleistungen nicht beantragt worden. Die arbeitsmarktpolitischen Vorkehren, die in der Kompetenz des Bundesrates liegen, wurden mit einigen Änderungen aufrechterhalten. Insbesondere blieb das Grundprinzip der Doppelplafonierung der Belegschaft pro Betrieb bestehen. Die Arbeitgeber wurden verpflichtet, den Bestand an kontrollpflichtigen Ausländern ihrer Betriebe unter

Ausschluss der Grenzgänger bis zum 31. Januar 1967 in zwei Stufen erneut um 5%, d. h. um insgesamt 10% des Bestandes vom 1. März 1965 herabzusetzen.

Die auf Grund des Kreditbeschlusses vom Bundesrat allgemeinverbindlich erklärten Vereinbarungen zwischen der Nationalbank und den Banken über die ausländischen Gelder und über die Kreditbegrenzung sowie die Verordnung über die Meldepflicht für öffentliche Emissionen blieben in Kraft.

Die Kreditbegrenzung wurde auf dem Gebiet des Hypothekarkredits durch eine merkliche Erhöhung der Zuwachsrate gelockert. Auf den 1. Januar 1967 wurde sie aufgehoben. Den Banken wurde seitens der Nationalbank im Einverständnis mit der Schweizerischen Bankiervereinigung dringend nahegelegt, in der Kreditgewährung im Jahre 1967 bestimmte Richtlinien zu beachten. Die Anlagevorschriften für ausländische Gelder wurden schrittweise abgebaut. Nachdem auf den 1. April 1966 die vornehmlich der Wohnbaufinanzierung dienenden neuen Anleihen sowie – in begrenztem Ausmass – Anteilscheine schweizerischer Immobilien-Investmenttrusts für die Anlage ausländischer Gelder zugelassen worden waren, erfolgte auf den 23. Juni 1966 die Freigabe des gesamten Obligationensektors, einschliesslich der Kassenobligationen der Banken. Diese Lockerungen brachten keine erheblichen Mittelzuflüsse, da bei den höheren Zinssätzen im Ausland die Neigung zur längerfristigen Anlage ausländischer Gelder in der Schweiz gering war. Daher konnte eine vollständige Aufhebung der Anlagevorschriften für Auslandsgelder verantwortet werden. Auf den 17. Oktober wurde die Verordnung über die Anlage ausländischer Gelder vom 24. April 1964 ausser Kraft gesetzt. Gleichzeitig fielen die entsprechenden Bestimmungen der Vereinbarung über die ausländischen Gelder dahin. Dagegen blieben die Vorschriften über die Nichtverzinsung von ausländischen Frankenguthaben und die Verpflichtung der Banken zur Neutralisierung eines allfälligen Nettozuwachses an Frankenverbindlichkeiten gegenüber Ausländern in Geltung.

5. Der Ausbau des notenbankpolitischen Instrumentariums

Nach mehrjährigen Vorarbeiten der Nationalbank leitete das Eidg. Finanz- und Zolldepartement im Mai 1966 das Vernehmlassungsverfahren für die Revision des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank ein. Ziel der Revisionsvorlage bildet der Ausbau des notenbankpolitischen Instrumentariums, der im wesentlichen durch drei Neuerungen erfolgen soll: durch die gesetzliche Verankerung einer Kompetenz der Nationalbank, Mindestguthaben von den Banken einzufordern, durch die Ermächtigung der Nationalbank, nötigenfalls den Kreditzuwachs bei den Banken zu begrenzen, sowie durch die Erweiterung der offenmarktpolitischen Möglichkeiten, insbesondere die Ausgabe notenbankeigener Geldmarktpapiere. Daneben soll der Anlass der Gesetzesrevision benützt werden, um bei einigen weiteren Bestimmungen des Nationalbankgesetzes die wünschbaren Anpassungen vorzunehmen.

Gemessen an den durch Verfassung und Gesetz gestellten Aufgaben sind die der Nationalbank nach ordentlichem Recht zur Verfügung stehenden Mittel sehr beschränkt. Die Unzulänglichkeit

des Instrumentariums zeigt sich nicht nur im Vergleich mit anderen Notenbanken, sondern sie machte sich, namentlich in den Jahren seit 1960, um so nachteiliger bemerkbar, als die schweizerische Geldpolitik vor besonders schwierige Probleme gestellt war. Zwar behalf sich die Nationalbank verschiedentlich mit freiwilligen Vereinbarungen, doch erwies sich, dass in bestimmten Situationen derartige, an sich wertvolle Abmachungen mit den Banken von ungenügender Wirkung sind. Zu ihrem vollen Erfolg bedarf die Geld- und Kreditpolitik der Unterstützung durch ein konformes Verhalten der gesamten Wirtschaft.

Die Ausarbeitung der Vorschläge für die Verstärkung des notenbankpolitischen Instrumentariums erfolgte im Hinblick auf die Besonderheiten unserer Wirtschaft und namentlich die Eigenart der schweizerischen Bankenstruktur. So wurde vor allem Raum gelassen für eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen der Nationalbank und den Banken, indem von den gesetzlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Mindestguthaben und der Kreditbegrenzung nur soweit Gebrauch gemacht werden soll, als andere, mildere Vorkehrungen nicht zum Ziele führen. Um allfällige Befürchtungen über eine deflatorisch wirkende Handhabung des neuen Instrumentariums zu zerstreuen, sind Mindestguthaben nur auf dem Zuwachs und nicht auf dem Bestand der in Betracht fallenden Verbindlichkeiten der Banken vorgesehen. Auch die vorgeschlagene Kompetenz zur Kreditbegrenzung soll nur die Beschränkung eines inflatorischen Kreditwachses gestatten, jedoch keine Kreditkontraktion herbeiführen.

Die politischen und wirtschaftlichen Organisationen, die sich im Vernehmlassungsverfahren zu den Revisionsvorschlägen äusserten, begrüßten im Prinzip einen Ausbau des notenbankpolitischen Instrumentariums, doch war die Stellungnahme bezüglich der Hauptinstrumente nicht einheitlich. Die Erweiterung des offenmarktpolitischen Spielraums blieb unangefochten. Mehrheitlich Zustimmung fand die Einführung von Mindestguthaben. Der Vorschlag zur gesetzlichen Verankerung einer Kreditbegrenzungskompetenz war stärker umstritten. Das Entscheidungsverfahren für die Festsetzung von Mindestguthaben und Kreditwachsraten, das ein Mitspracherecht der Banken vorsah und dem Bankausschuss der Nationalbank im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Direktorium und den Banken Entscheidungsbefugnis einräumte, begegnete Einwendungen.

B. DIE ENTWICKLUNG DER SCHWEIZERISCHEN WIRTSCHAFT IM EINZELNEN

1. Der Konjunkturverlauf in den hauptsächlichsten Wirtschaftsgebieten

Das reale Bruttosozialprodukt dürfte um 2 bis 3% zugenommen haben, gegenüber 4,2% im Jahre 1965. Die Verflachung im Konjunkturanstieg war zum Teil auf die Massnahmen zur Eindämmung der Auftriebskräfte zurückzuführen, die dem Wirtschaftsbild der ersten Hälfte der sechziger Jahre das Gepräge gegeben hatten. Die private Investitionstätigkeit verlangsamte sich vor allem

unter dem Einfluss des Rückgangs an Arbeitskräften. Dagegen hielt der Anstieg der Ausfuhr an, wobei die Zuwachsraten im Laufe des Jahres eine leicht sinkende Tendenz aufwiesen. Die Importsteigerung blieb hinter derjenigen des Exports zurück, fiel aber deutlicher aus als im Vorjahr.

Die *industrielle Produktion* nahm im ungefähr gleichen Ausmass zu wie 1965. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale lag sie 3% über dem Vorjahresniveau. Vor allem konnten die exportorientierten Branchen, insbesondere die Uhrenindustrie und die chemische Industrie, ihre Erzeugung steigern. Andererseits führten die verstärkte Förderung der textilen Produktion in verschiedenen Entwicklungsländern und die nur geringe Expansion der privaten Inlandnachfrage in Teilbereichen der schweizerischen Textilindustrie zu Produktionseinbussen. Rückläufig entwickelte sich auch der Ausstoss in den mit der Bauwirtschaft verbundenen Industrien, so in der Eisen- und Stahlindustrie, der Metallindustrie und der Holzindustrie.

Die *Zahl der in der Industrie Beschäftigten* lag Ende des dritten Quartals 0,8% unter dem Stand vor zwölf Monaten, und im Baugewerbe betrug der Rückgang 0,6%; Handel, Gewerbe und Verkehr konnten dagegen die Zahl der Arbeitskräfte um 0,4% erhöhen. In diesen Erwerbszweigen zusammen ergab sich eine Verminderung der Beschäftigung um 0,3%. Der Abbau der kontrollpflichtigen Arbeitskräfte wurde durch die neu ins Erwerbsleben eingetretenen einheimischen Berufstätigen und die Zunahme der von der Kontrollpflicht befreiten ausländischen Arbeiter und Angestellten nicht voll ausgeglichen.

Die Zahl der *kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte* war Ende August mit 648 548 um 4,1% kleiner als ein Jahr zuvor. Unter Ausschluss der Grenzgänger verminderte sie sich innert Jahresfrist um 30 180 auf 600 548 oder um 4,8%. Die im Bundesratsbeschluss vom 1. März 1966 den Arbeitgebern auferlegte Verpflichtung, den Ausländerbestand ihrer Betriebe bis Ende Januar 1967 um weitere 5% zu verringern, wurde somit praktisch bereits im August 1966 erfüllt. Unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten sind als positive Auswirkungen dieses Abbaus vor allem die Entlastung des Wohnungsmarktes, die Dämpfung der Nachfrage nach Investitions- und Verbrauchsgütern und die gesteigerte Arbeitsleistung zu nennen. Andererseits dürfte hinter der Doppelplafonierung der Belegschaften nach wie vor ein aufgestautes Inflationspotential im Lohnbereich liegen.

In der *Bauwirtschaft* hielt die Tendenz zur Entspannung an. Nach den Erhebungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung beliefen sich die Bauvorhaben 1966 auf 13,2 Milliarden Franken; sie waren damit um 3% kleiner als die seinerzeit für das Vorjahr zur Ausführung gemeldeten Projekte, übertrafen aber die effektive Bautätigkeit 1965 um 1,4 Milliarden Franken. Im letztgenannten Jahr hatten die Bauvorhaben 1,8 Milliarden und 1964 sogar 3,9 Milliarden Franken über den Bauausgaben des Vorjahres gelegen. Der Nachfrageüberhang auf dem Baumarkt hat sich im Laufe der letzten drei Jahre somit deutlich verringert. Im Hinblick darauf, dass in Zeiten des Kapitalmangels und bei verlangsamtem Konjunkturanstieg nicht alle Bauvorhaben realisiert werden, dürfte sich der Baumarkt dem Gleichgewicht genähert haben. Dies führte zu einer Belebung der Konkurrenz im Baugewerbe, zu Abgeboten und damit zu einer Verlangsamung im Anstieg, wenn nicht bereits zu einem Rückgang der Baukosten. So lag der Zürcher Baukosten-

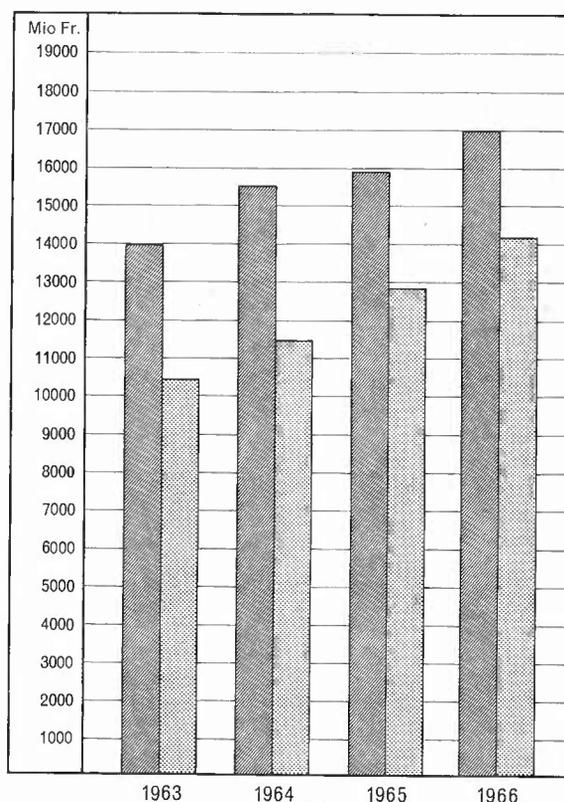
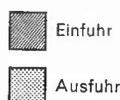
index, der über die Entwicklung im Wohnungsbau orientiert, Anfang Oktober nur noch 2,3% über dem Stand vor Jahresfrist, verglichen mit einer Steigerung von 3% in den vorangegangenen zwölf Monaten bzw. 6,3% im entsprechenden Vergleichszeitraum 1963/64. Vom Frühjahr bis zum Herbst 1966 fiel der Index um 0,3%.

In der Zusammensetzung der Bauvorhaben vollzog sich eine deutliche Verlagerung vom privaten auf den öffentlichen Bau. Beim letzteren übertrafen die für 1966 gemeldeten Vorhaben in der Höhe von 5,1 Milliarden Franken die effektive Bauproduktion 1965 um 28%, im privaten Bau dagegen bei einer Projektsumme 1966 von 8,1 Milliarden und Bauausgaben 1965 von 7,8 Milliarden Franken nur um 4%. Im gewerblichen Bau blieben die Vorhaben sogar hinter den Bauaufwendungen des Vorjahres zurück.

Die *Wohnbautätigkeit* blieb rege. Die Zahl der in den 65 Städten neu erstellten Wohnungen betrug 20896 und war nur um 5% kleiner als 1965. Da sich die gesamte Wohnungsproduktion ungefähr im gleichen Ausmass vermindert haben dürfte und im Jahre 1965 schätzungsweise rund 56000 Wohnungen erstellt worden waren, lässt sich die gesamte Wohnungsproduktion im Berichtsjahr auf rund 53000 veranschlagen. Für diese Vermutung spricht auch die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen. Sie stellte sich in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern Ende Juni 1966 auf 49800, gegenüber 51900 ein Jahr zuvor. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass zur Herstellung und Erhaltung eines Gleichgewichts auf dem Wohnungsmarkt nach neuen Schätzungen der Konjunkturforschungsstelle des Instituts für Wirtschaftsforschung an der ETH eine jährliche Neuerstellung von 42000 Wohnungen im Zeitraum 1966 bis 1970 als erforderlich betrachtet wird. Obwohl die Zahl der im Jahre 1966 gebauten Wohnungen etwas hinter dem Vorjahresbetreffnis zurückblieb, lag sie über dieser zur Herbeiführung eines Marktgleichgewichts als notwendig erachteten Produktion. Der in einzelnen Bevölkerungsagglomerationen noch bestehende Mangel an Wohnungen dürfte sich damit weiter verringert haben. In verschiedenen Gemeinden zeigte der Leerwohnungsbestand bereits einen deutlichen Anstieg.

Die Zahl der *Wohnbauvorhaben* nahm im Berichtsjahr einen unterschiedlichen Verlauf. Sie überstieg im ersten Quartal 1966 in den 65 Städten den Vorjahresstand um 37%. Diese erhebliche Zunahme wurde im Frühjahr durch eine unregelmässige, im allgemeinen aber rückläufige Entwicklung abgelöst. Für das ganze Jahr lag die Zahl der zur Ausführung freigegebenen Wohnungen mit 21060 um 2% über dem Vorjahresergebnis. Alle verfügbaren Angaben deuten somit darauf hin, dass sich im Jahre 1967 die Lage am Wohnungsmarkt weiter entspannen wird.

Die seit einigen Jahren beobachtete rückläufige Entwicklung der *industriellen Bauvorhaben* schwächte sich merklich ab. Nachdem sich die Zahl der begutachteten Fabrikbauvorlagen von 1964 auf 1965 um 9% vermindert hatte, zeigte sie 1966 eine Abnahme um noch 5%. Besonders ausgeprägt war die Tendenz zur Stabilisierung im Bereich der industriellen Erweiterungsbauten. Deren Raumvolumen belief sich auf 9,54 Mio m³ und war damit praktisch gleich gross wie im Vorjahr, in welchem ein Rückgang um 25% zu verzeichnen gewesen war. Die unter dem Einfluss der Massnahmen zur Dämpfung der Konjunkturübersteigerung eingetretene Verlangsamung der



Ausrüstungsinvestitionen dauerte an. Dem Umfang nach dürften diese das Vorjahresniveau nicht erreicht haben. Gleichzeitig vollzogen sich in ihrer Struktur Verschiebungen im Sinne einer Verlagerung auf Investitionen mit vorwiegendem Rationalisierungscharakter.

Gesamthaft betrachtet haben sich die *Brutto-Inlandsinvestitionen* 1966 auf einem hohen Niveau stabilisiert. Auf sie entfiel rund ein Viertel des Brutto-Sozialproduktes, womit sich die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin in der Spitzengruppe der westlichen Länder befindet.

Die Entwicklung des *Aussenhandels* war durch eine weitere Steigerung der Umsätze gekennzeichnet. Der Wert der eingeführten Waren belief sich auf 17 005 Millionen Franken; er übertraf damit das Vorjahresergebnis um 1 075 Millionen Franken oder 6,7%. Die Belebung der Einfuhr-tätigkeit, die bereits in der zweiten Hälfte 1965 eingesetzt hatte, war vor allem auf die rege Nachfrage sowohl nach Investitions- als auch nach Verbrauchsgütern zurückzuführen. Dagegen ergaben sich Minderbezüge aus dem Ausland bei Roheisen und Eisenhalbfabrikaten, worin die Beruhigung am Baumarkt ihren Niederschlag fand.

Die Ausfuhr wuchs um 1 343 Millionen auf 14 204 Millionen Franken oder um 10,4%. Im ersten Quartal belief sich der Wachstumssatz auf 13,7%, im vierten Quartal noch auf 7,3%. Die Verlangsamung im Exportanstieg dürfte zum Teil auf eine stagnierende oder sogar verringerte Nachfrage verschiedener europäischer Industrieländer nach schweizerischen Erzeugnissen zurückzuführen sein, zum Teil aber auch darauf beruhen, dass in einzelnen Zweigen unserer Exportindustrie die Produktion die Kapazitätsgrenzen erreicht hat.

An der Zunahme der Ausfuhr waren alle grossen Exportindustrien beteiligt. 236 Millionen entfielen auf die Uhrenindustrie, 423 Millionen auf die Maschinenindustrie, 282 Millionen auf die chemische Industrie und 94 Millionen auf die Textilindustrie. Die Mehrausfuhr an Nahrungs- und Genussmitteln belief sich auf 68 Millionen Franken.

In der geographischen Verteilung der Ausfuhr traten fühlbare Verschiebungen ein. Was den Export nach Europa anbelangt, stiegen die Lieferungen nach der EFTA um 9,3%, jene nach der EWG aber nur um 5,5%. In allen Ländern des EFTA-Raumes konnte die Schweiz mehr Waren absetzen als im Vorjahr. Der Export nach Österreich wies die kräftigste prozentuale Steigerung auf, während die Lieferungen nach Grossbritannien und jene nach Schweden das verhältnismässig kleinste Wachstum verzeichneten. Unter den EWG-Ländern erhöhten vor allem Italien und Frankreich ihre Bezüge aus der Schweiz beachtlich, wogegen die Käufe der Bundesrepublik den Vorjahresstand nicht erreichten. Die Ausfuhr nach überseeischen Gebieten zeigte eine Zunahme um 15,5%, wobei der Anstieg namentlich auf vermehrten Lieferungen nach den Vereinigten Staaten, Brasilien und Japan beruhte. Der Export nach den USA stieg um 23,0% auf 1528 Millionen Franken.

Das Defizit der *Handelsbilanz* belief sich auf 2801 Millionen, die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr auf 268 Millionen Franken oder 9%, im Vergleich zu 25% im Jahre 1965. Die weitere Verminderung des Fehlbetrags der Handelsbilanz, die Zunahme des traditionellen Überschusses der Schweiz im Dienstleistungsverkehr und die erhöhten Ertragnisse der Kapitalanlagen im Ausland führten eine Aktivierung der Ertragsbilanz herbei.

Was den *Verkehr* anbelangt, war die Zahl der von den SBB beförderten Personen 1,0% kleiner als im Jahre 1965. Demgegenüber zeigte der Güterverkehr eine Zunahme um 2,0%, welche jedoch ausschliesslich auf den regeren Transitverkehr, bedingt durch den Wiederanstieg der Konjunktur in Italien, zurückzuführen war. Die Ursache für die seit einiger Zeit beobachtete rückläufige Entwicklung des binnenschweizerischen Güterverkehrs der SBB ist indessen nur zum Teil konjunkturbedingt; andere Faktoren, wie der wachsende Anteil der Strassentransporte an den gesamten Transportleistungen, haben ebenfalls eine Rolle gespielt.

Der *Fremdenverkehr* zeigte eine gewisse Belebung, nachdem er 1965, weitgehend witterungsbedingt, einen Rückgang erlitten hatte. Die Gesamtzahl der Übernachtungen überstieg das Vorjahresergebnis um 1,5%. Dabei wies die Zahl der Logiernächte der ausländischen Gäste eine Zunahme um 2,5% auf; jene der einheimischen Gäste verharrte dagegen praktisch auf dem Vorjahresstand. Da das Hotelgewerbe seine Kapazitäten innert Jahresfrist erheblich erweiterte, war deren Auslastung trotz erhöhter Übernachtungsfrequenzen kleiner als im Vorjahr.

Der Ertrag der *Landwirtschaft* wurde durch die Witterungsverhältnisse unterschiedlich beeinflusst. Nachdem sich die Kulturen im Frühjahr allgemein gut entwickelt hatten und die Heuernte günstig ausgefallen war, beeinträchtigte das regnerische Hochsommerwetter die Getreideernte. Das warme Herbstwetter schuf dagegen wieder die Voraussetzungen für ertragreiche Ernten an Obst und Hackfrüchten sowie im Weinbau. Der Endrohertrag der landwirtschaftlichen Produktion wurde vom Schweizerischen Bauernsekretariat auf 3884 Millionen Franken veranschlagt,

was gegenüber 1965 eine Verbesserung um 6,4% bedeutet. Zu diesem Mehrertrag trugen sowohl der Pflanzenbau als auch die Tierhaltung bei. Mengenmässig stieg die Produktion um 4%.

Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zeigten einen ruhigeren Verlauf als im Vorjahr. Dank den günstigen Ernteverhältnissen gingen die Preise für Gemüse und Hackfrüchte deutlich zurück. Die Forderung auf Erhöhung des Grundpreises für die Milch wurde bis zum Frühjahr 1967 verschoben. Der Index der Produzentenpreise fiel von Ende 1965 bis Ende 1966 um 2,1%. Demgegenüber stiegen die Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel um 2,3%. Der Anstieg war in der Hauptsache durch die Erhöhung der Löhne für landwirtschaftliche Arbeitskräfte, des Zinssatzes für landwirtschaftliche Hypotheken und durch Preisaufläge für Geräte und Maschinen bedingt. Ihm steht eine Produktivitätssteigerung infolge guter Ernten gegenüber.

Die Entwicklung des *privaten Konsums* wurde durch den Rückgang der Zahl der Beschäftigten, den Wegfall von Spekulationsgewinnen und Kursverluste auf Aktien beeinträchtigt; andererseits wirkten sich die beschleunigten Lohnsteigerungen stimulierend aus. Unter dem Einfluss dieser divergierenden Kräfte betrug die Zunahme der Umsätze im Detailhandel noch 5,1%, gegenüber 6,2% im Vorjahr. Bei Berücksichtigung der innert Jahresfrist eingetretenen Teuerung dürfte sich der private Güterkonsum real lediglich um 1 bis 2% erhöht haben. Da jedoch die Zunahme des verfügbaren persönlichen Einkommens über jener der nominellen Ausgaben der privaten Haushalte für Konsumgüter lag, während die freiwillige Spartätigkeit keine stärkere Änderung erfahren haben dürfte, ist zu vermuten, dass die Aufwendungen für Dienstleistungen aller Art vermehrt angestiegen sind.

Die *öffentlichen Ausgaben* nahmen beschleunigt zu. Die budgetierten laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen stiegen nach vorläufigen Ermittlungen gegenüber dem Vorjahr um 11,7%, verglichen mit 6,6% im Jahre 1965. Ausserdem war eine kräftige Steigerung der Subventionen zu verzeichnen, während die öffentlichen Investitionen (Bund, Kantone und Gemeinden) sich nicht mehr stark erhöhten. Die Aussichten für die weitere Entwicklung der öffentlichen Finanzen sind eher ungünstig. Beim Finanzvoranschlag des Bundes gelang es zwar, das Ausgabenwachstum für 1967 etwas abzubremsen; die veranschlagte Ausgabensumme von 5 828 Millionen liegt um 39 Millionen unter den für 1966 budgetierten Ausgaben. Dies war aber nur möglich durch massive Abstriche an den von den Departementen angeforderten Krediten, denn der Bund hatte wiederum bedeutende neue oder zusätzliche ihm durch Gesetz oder durch die Preis-/Lohnentwicklung aufgezwungene Lasten zu übernehmen. Die Einnahmen in der Finanzrechnung 1967 sind auf 5 416 Millionen Franken veranschlagt. Sie zeigen gegenüber der für das Jahr 1966 budgetierten Einnahmensumme eine Verminderung um 213 Millionen Franken. Der Rückgang ist auf den durch den Wehrsteuerrhythmus bedingten Ausfall zurückzuführen, welcher durch die Steigerung der übrigen Einnahmen um so weniger wettgemacht werden kann, als die Zollerträge infolge des Wegfalls der Industriezölle in der EFTA keine Zunahme erfahren dürften. Der Finanzvoranschlag 1967 sieht somit einen Ausgabenüberschuss von 412 Millionen Franken vor, verglichen mit einem für das Jahr 1966 budgetierten Fehlbetrag von 238 Millionen Franken. Da ein Budgetdefizit von gegen einer halben Milliarde Franken dem Ziel der Inflationsbekämpfung

zuwiderläuft, hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten ein Sofortprogramm zur Beschaffung zusätzlicher Einnahmen unterbreitet, das auf dem Gebiete der Umsatzsteuer die Erhöhung der geltenden Steuersätze auf ihren früheren Stand, d. h. um rund 11%, die vermehrte Steuerbelastung von gewerbsmässigen Bauleistungen und bei der Wehrsteuer die Rückgängigmachung des durch Bundesbeschluss vom 27. September 1963 gewährten 10%igen Steuerrabatts vorsieht. Das Sofortprogramm, wie es sich nach den Beratungen im Nationalrat präsentiert, dürfte 1967 Mehreinnahmen von 55 Millionen Franken erbringen. Damit würde sich das Defizit des Finanzvoranschlags 1967 auf 357 Millionen Franken vermindern. Unter den gegenwärtigen und den zu erwartenden Konjunkturverhältnissen wird jedoch ein Fehlbetrag dieser Grössenordnung, wie immer er finanziert wird, den ohnehin virulenten Kosten- und Preisaufrieb verstärken. Die von der Bundesrechnung ausgehenden inflatorischen Wirkungen werden durch die allgemein wachsenden Budgetdefizite der Kantone und Gemeinden noch erhöht.

Obwohl der Abbau des Nachfrageüberhangs, vor allem im privatwirtschaftlichen Bereich, erhebliche Fortschritte machte, zeigte die *Preis- und Lohnentwicklung* eine ungebrochene Anstiegstendenz, was darauf hindeutet, dass der ursprünglich durch die Übernachfrage bedingte Preisaufrieb mehr und mehr von einer Kosteninflation abgelöst wurde.

Der Index der *Konsumentenpreise*, dessen Berechnungsgrundlage den heutigen Verhältnissen angepasst wurde, stieg um 4,6%, verglichen mit 4,9% im Jahre 1965. Die Zunahme ist im wesentlichen auf den Anstieg der Mieten und der Preise für Dienstleistungen zurückzuführen. Die Erhöhung des Mietindex wurde durch die Mietzinse der neu erstellten Wohnungen, den Übergang von der Mietzinskontrolle zur Mietzinsüberwachung sowie durch die Heraufsetzung der Hypothekensätze verursacht, wobei die Mietpreise offenbar häufig über das durch die Zinssteigerung begründete Ausmass hinaus erhöht wurden. Bei den Preisaufrühen in der Verbrauchsgruppe «Verschiedenes» handelte es sich weitgehend um eine kostenbedingte Verteuerung der Dienstleistungen. Der Nachfrageüberhang im arbeitsintensiven und importunelastischen Dienstleistungssektor ermöglichte die Überwälzung von Lohnsteigerungen auf die Verbraucherpreise. Unter dem Einfluss von teils konjunkturellen, teils witterungsbedingten Sonderfaktoren war dagegen der Preisanstieg in den übrigen Konsumbereichen, so vor allem bei den Nahrungsmitteln, Brenn- und Leuchtstoffen sowie den Bekleidungsartikeln kleiner als im Jahre 1965.

Der Index der *Grosshandelspreise* lag Ende Dezember nur 0,9% über dem Vorjahresniveau, nachdem der Steigerungssatz in der ersten Jahreshälfte 2 bis 3% betragen hatte. Die Preise der Inlandwaren stiegen um 1,4%; jene der Importwaren gingen um 0,6% zurück.

Der Abbau des Fremdarbeiterbestandes blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die *Löhne*. Dank der Plafonierung der Belegschaften konnte eine extreme Entwicklung vermieden werden, doch hat sich der Lohnanstieg leicht verstärkt. Das Niveau der Lohnsätze zeigte eine Erhöhung um 5,6%, während sich die Vergleichsrate für 1965 auf 5,0% beziffert hatte. Die Lohnkosten stiegen damit stärker als die volkswirtschaftliche Produktivität. In dieser Diskrepanz liegt eine Hauptursache des Teuerungsprozesses.

2. Währungsreserven und Valutamarkt

Die *Währungsreserven* beliefen sich Ende 1965 auf 14 017 Millionen Franken. Zu Beginn der Berichtszeit bewirkte die Auflösung der im Dezember 1965 mit den Banken abgeschlossenen Swap-Transaktionen einen Rückgang im Ausmass von 1 662 Millionen Franken.

Der weltweite Zinsanstieg stimulierte die Anlagen der Banken und der Wirtschaft auf ausländischen Geldmärkten, was eine wachsende Nachfrage nach Dollars auslöste. Die Nationalbank sah sich daher im Verlaufe des Monats März veranlasst, Dollars im Gegenwert von 374 Millionen Franken an den Markt abzugeben. Obschon darüber hinaus die Bundesverwaltung und die Post noch weitere Devisen von der Notenbank bezogen, verminderten sich deren Währungsreserven in der Zeit vom 31. Januar bis zum 6. Mai 1966 lediglich um 280 auf 12 039 Millionen Franken, den tiefsten Stand des Jahres, weil die Nationalbank von der Federal Reserve Bank of New York Dollars gegen 500 Millionen Franken erwarb.

Die zunehmende Verknappung am inländischen Geld- und Kapitalmarkt führte in der Folge zu einem starken Anstieg der Zinssätze am Eurofrankenmarkt, was zahlreiche ausländische Banken bewog, Engagements in Schweizerfranken abzutragen. Der Nationalbank gingen in diesem Zusammenhang bis Ende Mai Dollars im Gegenwert von 524 Millionen Franken zu. Zur Finanzierung des Halbjahresresultimos überliessen die Schweizer Banken im Juni der Nationalbank Kassadollars im Gegenwert von 339 Millionen Franken und Dollars auf Swap-Basis im Gegenwert von 353 Millionen Franken, womit sich die Währungsreserven bis Semesterende auf insgesamt 12 934 Millionen Franken erhöhten. Im Juli bildeten sie sich im Zuge der Auflösung der Swaps wiederum zurück. Der Ausbruch einer weiteren Pfundkrise brachte der Nationalbank im gleichen Monat einen neuen Dollarzufluss im Gegenwert von 298 Millionen Franken. Der Devisenbestand stieg damit auf 1 238 Millionen Franken an, was Anlass gab, dass die Federal Reserve Bank of New York im Einvernehmen mit der Nationalbank die beiden Währungs-Swaps mit der Nationalbank und der BIZ im Ausmass von je 75 Millionen Dollar bzw. 324 Millionen Franken aktivierte. Wie in früheren Jahren verwendete die Federal Reserve Bank of New York die aus dem Swap erhaltenen Franken zum Rückkauf ungesicherter Dollars von der Nationalbank.

Mit dem Abklingen der Pfundkrise setzte sich der frühere Trend einer regen Dollarnachfrage wieder durch, indem die hohen Geldmarktsätze im Ausland zu umfangreichen kurzfristigen Auslandsanlagen Anlass gaben. Erstmals seit 1959 kam die Notenbank deshalb in die Lage, im Herbst Dollars an den Markt abzutreten. Die Dollarverkäufe erreichten im Oktober den Gegenwert von 152 Millionen Franken. Diese Entwicklung beschleunigte den sukzessiven Abbau der im Juli abgeschlossenen Swap-Transaktionen mit den amerikanischen Währungsbehörden. Bereits im November begann sich der Rückgang der Währungsreserven zu verlangsamen, und gegen Ende des gleichen Monats traten die Banken aus Liquiditätsgründen dem Noteninstitut Dollars im Gegenwert von 326 Millionen Franken ab. Wie üblich stiegen die Währungsreserven im Dezember an. Die Nationalbank übernahm von den Banken Dollars im Gegenwert von 1 717 Millionen Fran-

ken auf Swap-Basis. Am 31. Dezember 1966 stellte sich der Gold- und Devisenvorrat auf 14 358 Millionen Franken; das sind 341 Millionen Franken mehr als ein Jahr zuvor.

Der *Goldbestand* der Nationalbank, der sich Ende 1965 auf 13 164 Millionen Franken belaufen hatte, verminderte sich mit der Auflösung des über Jahresende mit der BIZ abgeschlossenen Gold-Dollar-Swaps im Januar um 1 650 Millionen Franken. Goldverkäufe und der Abbau eines Gold-Franken-Swaps mit der BIZ führten im Laufe des Frühjahrs zu einem weiteren Rückgang. Im Juli nahm der Goldbestand jedoch wieder zu, teils als Folge einer Umwandlung von Dollars, teils im Zusammenhang mit Swap-Transaktionen mit der BIZ. Die Aktivität des Goldpools der Notenbanken, an dem die Nationalbank beteiligt ist, berührte ihren Goldbestand nur in geringem Ausmass. Die Übernahme von Dollars auf Swap-Basis von den Banken wirkte sich am Jahresende auf die Goldreserven insofern aus, als die Nationalbank Devisen im Betrage von 693 Millionen Franken wiederum gegen Gold auf Swap-Basis an die BIZ übertrug. Der Goldbestand erreichte am Jahresende 12 298 Millionen Franken.

Etwas grösseren Schwankungen als der Goldbestand unterlagen die *Devisenreserven*. Der Mittelabfluss aus der Schweiz schlug sich während des ersten Jahresdrittels in einem kontinuierlichen Rückgang des Devisenbestandes nieder. Dieser verminderte sich von Ende 1965 bis zum 6. Mai von 853 Millionen um 245 auf 608 Millionen Franken. Der Zinsanstieg am Eurofrankenmarkt und die Liquiditätsvorkehrungen der Banken auf das Semesterende liessen den Devisenvorrat alsdann bis Ende Juni vorübergehend wieder auf mehr als das Doppelte, nämlich 1 474 Millionen Franken, anwachsen. Die Abnahme infolge Liquidation der über Ende Juni getätigten Swap-Operationen wurde jedoch in der zweiten Hälfte Juli im Zusammenhang mit der Misstrauenswelle gegenüber dem Pfund Sterling unterbrochen. Von Ende Juli bis zum 23. November senkte sich der Devisenbestand von 1 137 auf 799 Millionen Franken. Die Jahresendoperationen bewirkten einen Anstieg auf 2 060 Millionen Franken.

Infolge der Rücknahme kursgesicherter Pfunde, die seinerzeit zu Abschöpfungszwecken an Grossbanken abgetreten worden waren, erhöhten sich die *kursgesicherten Guthaben bei ausländischen Notenbanken* gegen Ende April und Ende Juli um 60 bzw. 30 Millionen Franken. Am Jahresende standen sie mit 519 Millionen Franken zu Buch.

Im Zuge der saisonüblichen Devisennachfrage während der ersten Monate des Jahres stieg der Kurs des Dollars von 4.3185 Ende Dezember 1965 auf 4.3435 Ende März, wobei die Nationalbank Dollars an den Markt abgab. Mit dem Anfang Mai einsetzenden Tendenzumschwung fiel die Dollarnotiz auf den Ankaufspreis der Nationalbank, von dem sie sich bis zum Semesterultimo nur wenig abhob. Ein neuerlicher Kursrückgang auf den Interventionspunkt ergab sich mit dem Dollarzfluss im Juli, doch erholte sich die Dollarnotierung im August sehr rasch auf 4.33 und befestigte sich im Oktober weiter auf 4.34. Im November ging der Kurs zusehends zurück und fiel gegen Ende des Monats neuerdings auf den unteren Interventionspunkt.

Unter den übrigen führenden Währungen interessierte vor allem die Kursentwicklung des englischen Pfundes, die in der ersten Jahreshälfte eine fortgesetzte leichte Abschwächung erkennen

liess, bis im Juli der Tiefpunkt erreicht wurde. Der Kurs des französischen Frankens, der sich seit geraumer Zeit durch eine bemerkenswert stabile Haltung ausgezeichnet hatte, ging von der zweiten Septemberhälfte an unter dem Einfluss der Passivierung der französischen Zahlungsbilanz beträchtlich zurück. Im Gegensatz dazu widerspiegelte sich in der Befestigung der D-Mark in der zweiten Jahreshälfte die zunehmende Aktivierung der deutschen Zahlungsbilanz.

An den *internationalen Goldmärkten* waren beträchtliche Schwankungen in den Umsätzen und Preisen zu verzeichnen. Auf eine Phase reger Nachfrage zu Beginn des Jahres folgte eine ruhigere Entwicklung bei rückläufigen Preisen. Die Notierung am Londoner Markt erreichte Anfang Mai mit $35.10\frac{5}{8}$ Dollar je Unze fein den Jahrestiefststand. Im Juni begann die Nachfrage wieder anzuziehen. Die Pfundkrise im Juli war begleitet von besonders lebhaften Umsätzen, und der Goldpreis stieg auf über 35.19. Auf diesem hohen Niveau bewegte er sich in den folgenden beiden Monaten, wobei die höchste Notierung Ende September, wohl im Blick auf die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds, mit $35.19\frac{1}{4}$ verzeichnet wurde. Vom Oktober an schwächte sich die Nachfrage nach Gold ab; sie belebte sich indessen im Dezember im Zusammenhang mit den neu auflebenden Diskussionen um den Goldpreis, was die Notierung wieder bis auf $35.19\frac{1}{4}$ ansteigen liess. Das Geschehen an den Goldmärkten wurde ferner beeinflusst einerseits durch das Ausbleiben russischer Verkäufe und die Verminderung des südafrikanischen Goldangebots als Folge einer Aufstockung der Goldreserven der Südafrikanischen Republik im ersten Halbjahr sowie andererseits durch die von der Volksrepublik China ausgehende Nachfrage.

In der Schweiz wurde der Preis für Barrengold mit 4873 Franken das Kilogramm fein tiefst Anfang Mai und mit 4908 Franken höchst Mitte März notiert; die Preisbewegungen hielten sich somit in sehr engen Grenzen.

3. Geld- und Kapitalmarkt

Der schweizerische *Geldmarkt* stand in den ersten Monaten im Zeichen einer durch die defizitäre Entwicklung der Zahlungsbilanz bedingten Verknappung. Die Ertragsbilanz wies zwar einen leichten Überschuss, die Kapitalverkehrsbilanz dagegen von Jahresbeginn bis Ende April einen namhaften Fehlbetrag auf. Er rührte vorab vom Kapitalexport in der Form von Auslandsanleihen und Bankenkrediten, von Anlagen in ausländischen Wertschriften und von Direktinvestitionen der schweizerischen Wirtschaft im Ausland sowie von Anlagen her, welche schweizerische Banken auf den Eurogeldmärkten für eigene und für Rechnung ihrer Kunden tätigten. Die Passivierung der Zahlungsbilanz fand indessen nur zum kleineren Teil im Rückgang der Währungsreserven des Noteninstituts ihren Niederschlag, weil sich die Nationalbank die vom Markte benötigten Dollars in der Hauptsache bei der Federal Reserve Bank of New York gegen Schweizerfranken beschaffte. Diese gelangte dabei in den Besitz von 500 Millionen Franken. Hievon verwendete sie rund 300 Millionen Franken zur Rückzahlung eines mit der BIZ abgeschlossenen Swaps. Die restlichen 200 Millionen Franken benützte die Federal Reserve Bank of New York zur vorzeitigen Rückzahlung von auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibungen der

Vereinigten Staaten, welche der Bund seinerzeit zu Anlagezwecken erworben hatte. Dank diesen Operationen wurden dem schweizerischen Geldmarkt die Mittel wieder zugeführt, die er zum Ankauf von Dollars bei der Nationalbank benötigte, so dass eine stärkere Verknappung des Marktes, wie sie als Folge der Passivierung der Zahlungsbilanz zu erwarten gewesen wäre, ausblieb.

Im Mai trat am Geldmarkt eine Wendung ein. Die Nationalbank hatte erneut Dollars zu übernehmen. Ausländische Kreditinstitute zahlten kurzfristige Geldaufnahmen in Franken zurück, wobei sich die Schuldner die Franken meistens durch Verkäufe von Dollars beschaffen mussten. Im Juni bauten Schweizer Banken Auslandsanlagen zur Beschaffung von Kassenmitteln ab. Beides führte zu einem beträchtlichen Dollaranfall am Markte. Die Tendenz zur Erleichterung der Marktlage wurde noch verstärkt, als die Pfundkrise einen neuen Devisenzufluss auslöste. Demzufolge zeigte der Geldmarkt bis zum Herbst eine verhältnismässig flüssige Verfassung. Um die durch die Dollarübernahmen bewirkte Frankenschaffung teilweise zu neutralisieren, liquidierte die Nationalbank im Sinne einer elastischen Handhabung ihrer Marktpolitik schrittweise zwei Gold-Franken-Swaps mit der BIZ.

Im letzten Vierteljahr stand der Markt zunächst im Zeichen der Verknappung, die bis in den Monat Dezember hinein andauerte. Die Marktmittel hielten sich auf einem niedrigeren Niveau als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Alsdann stiegen sie im Gefolge der Ultimovorbereitungen der Banken, die sich bei der Nationalbank Mittel im Umfang von rund 2,3 Milliarden Franken beschafften, wieder kräftig an und lagen am Jahresende praktisch gleich hoch wie ein Jahr zuvor.

Die Entwicklung der *Giro Guthaben der Wirtschaft* wurde demnach massgeblich durch die Gestaltung der Zahlungsbilanz bestimmt; im weiteren stand sie unter dem Einfluss der erwähnten kompensatorischen Massnahmen der Nationalbank, der Bewegung des Notenumlaufs sowie zeitweilig starker Veränderungen in der Kassenhaltung des Bundes; alsdann war sie überlagert von den Vorkehren der Banken zur Beschaffung liquider Mittel auf dem Wege der kurzfristigen Rückgabe von Geldmarktpapieren und, in geringerem Umfang, von der Beanspruchung des Notenbankkredites im Diskonto oder Lombard. Im weiteren wurden dem Markte Mittel zugeführt durch die von der Nationalbank getätigten Interventionskäufe eidgenössischer und kantonaler Obligationen.

Die Giro Guthaben der Wirtschaft erreichten Ende 1965 den Betrag von 3 005 Millionen Franken. Im Januar 1966 gingen sie um über eine Milliarde auf 1 918 Millionen Franken zurück, vorab weil die Banken Dollars im Gegenwert von 1 662 Millionen zurücknahmen, die sie der Nationalbank auf Swap-Basis im Zuge ihrer Liquiditätsvorkehren vor der Jahreswende abgetreten hatten. In der gleichen Richtung wirkten der Abbau der Kreditengagements der Banken und die Rücknahme der der Notenbank kurzfristig in Pension gegebenen Geldmarktpapiere. Die hieraus resultierenden Belastungen der Girorechnungen wurden durch die vom kräftigen Notenrückfluss herrührenden Gutschriften nur zum Teil ausgeglichen, so dass die Sichtverbindlichkeiten der Nationalbank gegenüber der Wirtschaft Ende Januar den entsprechenden Vorjahresbetrag um 682 Millionen Franken unterschritten. Alsdann liessen diese Gelder, bei allerdings unregelmässiger Bewegung, ein weiteres Absinken erkennen. Anfang Mai beliefen sie sich noch auf 1 642

Millionen Franken; doch lagen sie in diesem Zeitpunkt nur um 103 Millionen unter dem Stand vor zwölf Monaten, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Nationalbank Anfang 1965 eine grössere Abschöpfungsoperation durchgeführt hatte. Im Mai und Juni 1966 führten die Dollarabtretungen an das Noteninstitut wieder eine Äufnung der Mittel des Geldmarkts herbei. Im Sommer bewegten sich die Giro Guthaben der Wirtschaft, wenn von den Bilanzterminen abgesehen wird, im allgemeinen zwischen 1,8 und 2,2 Milliarden Franken. Eine Reduktion erfuhren sie im Herbst, als sich die Zahlungsbilanz wieder passiv gestaltete. Am 7. November erreichten die Giro Guthaben der Wirtschaft mit 1465 Millionen Franken ihren tiefsten Stand im Berichtsjahr. Im Dezember brachten die Ultimovorkehrungen der Banken wieder einen kräftigen Anstieg auf 2982 Millionen Franken.

Die Banken beschafften sich durch die kurzfristige Rückgabe von *Geldmarktpapieren* Kassensmittel jeweilen am Quartalsultimo, verschiedentlich auch auf Monatsende, wobei Ende März ein Höchstbetrag von 250 Millionen Franken erreicht wurde.

Die Beanspruchung des Notenbankkredites im *Diskonto und Lombard* hielt sich im allgemeinen noch in engem Rahmen. Wird von den Spitzenbelastungen an den Bilanzterminen abgesehen, so bewegte sich der Rückgriff auf die Notenbank zwischen 120 Millionen und 180 Millionen, gegenüber 90 bis 110 Millionen Franken im Jahre 1965. Am Jahresende stellte er sich auf 267 Millionen Franken, wovon 158 Millionen auf das Inlandportefeuille und 109 Millionen auf Lombardvorschüsse entfielen.

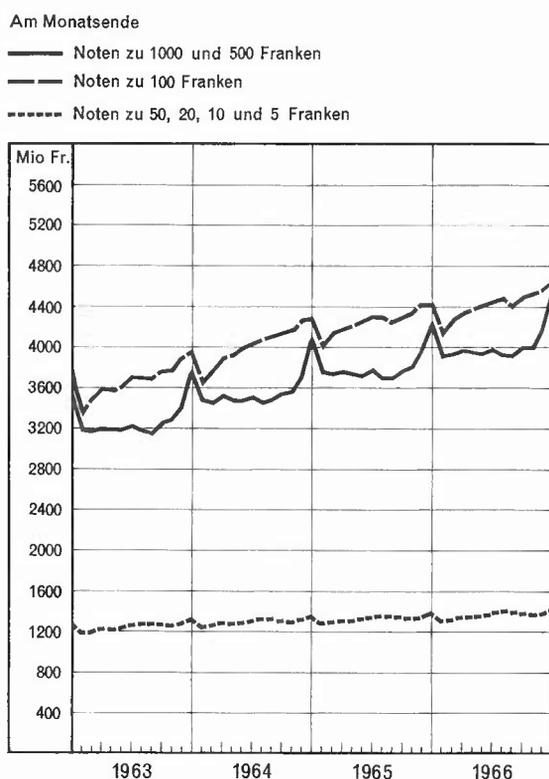
Im *Diskontogeschäft* reichte der Markt Schatzanweisungen des Bundes im Gesamtbetrag von 220 Millionen Franken kurzfristig ein, verglichen mit 264 Millionen im Vorjahr. Schweizerwechsel wurden im Umfang von 458 Millionen Franken diskontiert. Der Durchschnittsbestand an solchem Papier im Portefeuille der Nationalbank belief sich auf 86 Millionen Franken. Dabei handelte es sich wie in den vorangegangenen Jahren überwiegend um Pflichtlagerwechsel; im Jahresmittel 1966 waren es mit Einschluss von Brotgetreidewechseln 71 Millionen Franken. Die Haltung von Pflichtlagern durch die Wirtschaft hielt sich, was die Zahl der Verträge anbelangt, ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. Ende 1966 standen insgesamt 2892 Lagerverträge in Kraft. Der Wert der eingelagerten Waren belief sich auf 1516 Millionen Franken gegen 1393 Millionen vor Jahresfrist. An der Finanzierung dieser Pflichtlager waren die Banken mit 924 Millionen Franken beteiligt, im Vergleich zu 860 Millionen ein Jahr zuvor.

In vermehrtem Masse wurden Obligationen zum Diskont eingereicht. Die durchschnittliche Beanspruchung des Noteninstituts betrug 19 Millionen Franken, verglichen mit 10 Millionen im Jahre 1965.

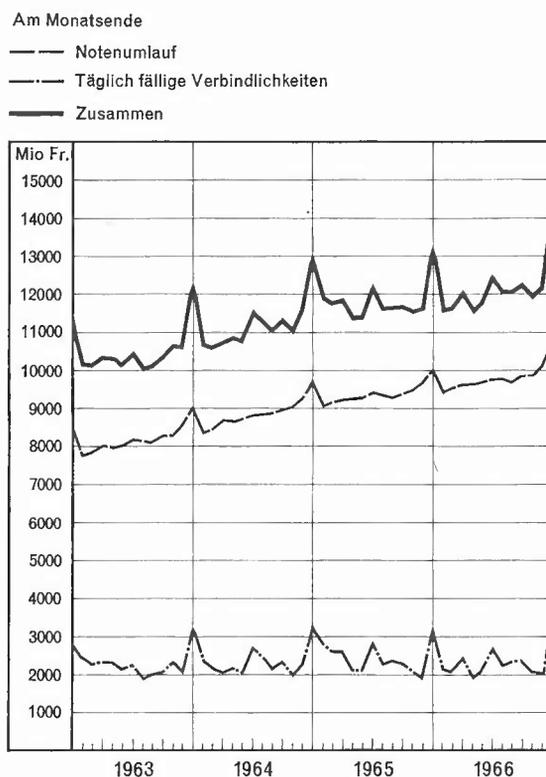
Die Anspannung des Marktes führte auch zu einer etwas stärkeren Inanspruchnahme des *Lombardkredits*. Der Durchschnitt der ausstehenden Vorschüsse stellte sich auf 33 Millionen Franken, gegenüber 21 Millionen im Vorjahr.

Ende 1965 erreichte der *Notenumlauf* 10042 Millionen Franken, was einer Zunahme innert Jahresfrist um 321 Millionen oder 3,3% entspricht. Im ersten Halbjahr 1966 hielt sich die

Gliederung des Notenumlaufs



Notenumlauf und täglich fällige Verbindlichkeiten



Steigerung in diesem Rahmen. Die Erhöhung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau weitete sich indessen im dritten Quartal auf rund 470 Millionen Franken oder 5% aus, ging aber im Oktober und November auf 4,3 bis 4,4% zurück. Am 31. Dezember 1966 belief sich der Betrag der emittierten Noten auf 10651 Millionen Franken; damit ergab sich für das Berichtsjahr eine Ausdehnung um 609 Millionen Franken oder 6,1%. Dieser Wachstumssatz übertraf zwar jenen des Vorjahres, war aber kleiner als die Vergleichsrate des Jahres 1964, in welchem die schweizerische Wirtschaft im Zeichen einer konjunkturellen Übersteigerung gestanden hatte.

Die *gesamte Geldmenge* in Form von umlaufendem Bargeld sowie von Sichteinlagen bei den Banken und beim Postcheck erhöhte sich von Ende November 1965 bis Ende November 1966 um lediglich 3,0%, im Vergleich zu 4,3% im entsprechenden Zeitraum 1964/65. Die Umsätze im Postcheck- und Giroverkehr verzeichneten im Berichtsjahr einen Anstieg um 7,3%, gegenüber 6,2% im Jahre 1965.

Starke Schwankungen wiesen die *Guthaben des Bundes* bei der Nationalbank auf. Nachdem sich diese Tresoriermittel bereits Ende 1965 auf einen Betrag von lediglich 126 Millionen Franken belaufen hatten, fielen sie im Januar noch weiter zurück. Um die erforderliche Kasse zu schaffen, gab der Bund in den ersten beiden Monaten 1966 der Nationalbank auf Schweizerfranken lau-

tende Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes im Betrage von 100 bzw. 120 Millionen Franken in Pension. Er nahm diese Papiere, als sich seine Tresorerielage verbesserte, zurück, löste indessen im Mai und im Juli einen Betrag von 200 Millionen Franken an solchen «Roosa-Bonds» ein, womit sich die Anlagen des Bundes in Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes auf 480 Millionen Franken verringerten. Im weiteren baute der Bund Anlagen in Dollars und Pfund Sterling im Gegenwert von 31 Millionen Franken sowie Anlagen bei der BIZ im Umfang von 175 Millionen Franken ab. Er entsterilisierte somit durch den Abbau von Auslandsanlagen insgesamt 406 Millionen Franken. Nachdem die Tresoreriemittel des Bundes im Frühjahr und Sommer im allgemeinen einen befriedigenden bis günstigen Stand gezeigt hatten, wiesen sie im Herbst wieder einen Rückgang auf. Am Jahresende beliefen sich die vom Bund bei der Nationalbank unterhaltenen Guthaben auf 375 Millionen Franken.

Die Kassenlage des Bundes wurde auch durch die Rückzahlung von Schatzanweisungen sowie durch seine Emissionspolitik beeinflusst. Mitte April und Anfang Mai fällig gewordene Schatzanweisungen wurden im Betrag von 72 Millionen Franken nicht mehr erneuert. Der Gesamtbestand an solchen Papieren verringerte sich damit auf 889 Millionen Franken. Alsdann führte der Bund dem Markte 84 Millionen Franken durch Auslosungen von Obligationen anleihen sowie im Zusammenhang mit der Konversion einer Bundesanleihe zu. Umgekehrt beschaffte sich der Bund Mitte November durch die Ausgabe von Kassenscheinen neue Mittel im Betrage von 120 Millionen Franken.

Die Anspannung am Geld- und Kapitalmarkt widerspiegelte sich in der Aufwärtsbewegung der *Zinssätze*. Diese stand nicht zuletzt unter dem Einfluss der weltweiten Zinsverteuerung, der sich die Schweiz nicht entziehen konnte. Die Entwicklung veranlasste die Nationalbank am 6. Juli, im Sinne einer Anpassung an die Marktbedingungen, ihren *Diskontosatz* um 1% auf 3½% und den *Lombardsatz* um ½% auf 4% zu erhöhen. Eine Heraufsetzung des Lombardzinsfusses um gleichfalls 1% hätte die Sätze am langfristigen Markt vermutlich nicht unbeeinflusst gelassen. Die *Spezialdiskontosätze* für die Finanzierung von Pflichtlagern wurden am 1. Oktober um ½% erhöht, und zwar der Satz für Lager in Lebens- und Futtermitteln auf 3¼%, jener für übrige Pflichtlager auf 3½%.

Nachdem die Banken den Privatsatz für Handelswechsel und Bankakzepte bereits auf Jahresanfang um ½% auf 3½% heraufgesetzt hatten, machten sie im Juli den Schritt auf 4%. Damit lag der Privatsatz erneut über dem Diskontosatz der Nationalbank. Der Callgeldsatz in Zürich ermässigte sich, im Einklang mit der üblichen saisonalen Entwicklung nach Jahresbeginn, von 3% auf 2½ bis 2¾% Ende Januar. Hierauf erfuhr er im Gefolge der Marktverknappung bis Ende Juni einen Anstieg auf 3½ bis 4%. Die anschliessende Erleichterung der Geldmarktlage liess ihn bis Ende August auf 2½% absinken. Die rückläufige Tendenz wurde aber von einem neuen Satzanstieg auf 3½ bis 4% abgelöst. Der Zinsfuss für Dreimonatsdepots bei Grossbanken stand im Sog der Satzsteigerungen an den Eurogeldmärkten, wo für Vorlagen auf 3 Monate in Schweizerfranken im Januar 4⅛%, im November bis 7¼% vergütet wurden oder 2¼% mehr als ein Jahr zuvor. Dem-

zufolge war es Schweizer Banken daran gelegen, sich kurzfristige Frankenvorlagen zur Ausleihung an den Eurogeldmärkten zu beschaffen. Die von den Grossbanken für Dreimonatsdepots gebotene Verzinsung zeigte denn auch steigende Tendenz. Am Jahresbeginn stellte sie sich auf $3\frac{3}{4}$ bis $3\frac{7}{8}$ %, alsdann auf 4 bis $4\frac{1}{4}$ % und von Mitte November an für grössere Beträge auf $4\frac{1}{2}$ %.

In Anpassung an die Entwicklung der Marktlage erhöhte der Bund die Abgabesätze für Schatzanweisungen. Während die Erneuerungen im letzten Quartal 1965 zu $2\frac{3}{8}$ %, $2\frac{1}{2}$ % und $2\frac{5}{8}$ % für Laufzeiten von 1 Jahr, bzw. $1\frac{1}{2}$ und 2 Jahren erfolgten, mussten im Oktober 1966 $3\frac{1}{2}$ %, $3\frac{5}{8}$ % und $3\frac{3}{4}$ % bewilligt werden. Dreimonatige Geldmarktpapiere wurden in den letzten Monaten 1966 zu 3 und $3\frac{1}{4}$ % erneuert.

Was die Sätze am *mittelfristigen Markt* anbelangt, statteten die Grossbanken am Jahresbeginn ihre dreijährigen *Kassenobligationen* mit einem Zinsfuss von $4\frac{1}{4}$ %, vier- und mehrjährige Titel mit einem solchen von $4\frac{1}{2}$ % aus. Auch die Kantonalbanken offerierten für dreijährige Kassenobligationen $4\frac{1}{4}$ %, während vierjährige Titel teils ebenfalls zu $4\frac{1}{4}$ %, teils jedoch wie die längerfristigen Kassenobligationen zu $4\frac{1}{2}$ % abgegeben wurden. Bei den Lokalbänken und Sparkassen überwog am Anfang des Berichtsjahres der $4\frac{1}{2}$ %-Typus für drei- und mehrjährige Titel; eine kleinere Zahl von Instituten hatte indessen den Schritt auf $4\frac{3}{4}$ % für Laufzeiten von 5 und mehr Jahren vollzogen. Nach und nach ging die Mehrzahl der Banken dieser beiden Gruppen zum Satz von $4\frac{3}{4}$ % für ihre längerfristigen Kassenobligationen über.

Im Frühjahr liessen Institute aller Bankengruppen die Nationalbank wissen, sie seien wegen der unbefriedigenden Entwicklung des Bestandes an Kassenobligationen gezwungen, eine Erhöhung des Zinsfusses um ein weiteres $\frac{1}{4}$ % in Aussicht zu nehmen. Im Interesse einer ruhigen Satzentwicklung wurden die Banken ersucht, vorerst die Laufzeit ihrer höher verzinslichen Titel auf vier Jahre herabzusetzen. Mit Wirkung ab 1. Juli stimmte alsdann die Nationalbank einer Erhöhung um $\frac{1}{4}$ % zu. Demzufolge statteten in der zweiten Jahreshälfte die Grossbanken und die Kantonalbanken ihre drei- und vierjährigen Kassenobligationen mit einem Zinsfuss von $4\frac{1}{2}$ % aus; für längere Laufzeiten wurden $4\frac{3}{4}$ % offeriert. Die Lokalbänken und Sparkassen gingen nur allmählich zum Satz von 5% für fünf- und mehrjährige Titel über. Manches Institut konnte sich mit dem Gedanken einer Zinsfusserhöhung nur mit Zögern befreunden, schloss sich der allgemeinen Satz Anpassung jedoch an, weil es befürchtete, sonst mittelfristige Gelder zu verlieren. Eine Anzahl Institute blieb aber beim $4\frac{3}{4}$ %-Typ, um nicht auf längere Zeit mit hochverzinslichem Geld arbeiten zu müssen. Als in den letzten Monaten des Berichtsjahres der Bestand an Kassenobligationengeldern erneut stagnierte, weil die Anlegerkreise die ihnen offerierten Sätze nicht als genügend attraktiv erachteten, nahmen Grossbanken und Kantonalbanken eine weitere Erhöhung des Zinsfusses um $\frac{1}{4}$ % in Aussicht. Die Nationalbank stimmte dieser Satzheraufsetzung mit Wirkung ab 3. Januar 1967 zu.

In einem eher langsamen Tempo vollzog sich der Anstieg des *Zinsfusses für Spareinlagen*. Im Laufe des Jahres stieg der Durchschnittssatz bei massgebenden Kantonalbanken von 3,21 auf 3,33%, da die Einlagen auf Sparheften in den letzten Monaten 1966 zu $3\frac{1}{4}$ bis $3\frac{1}{2}$ % verzinst

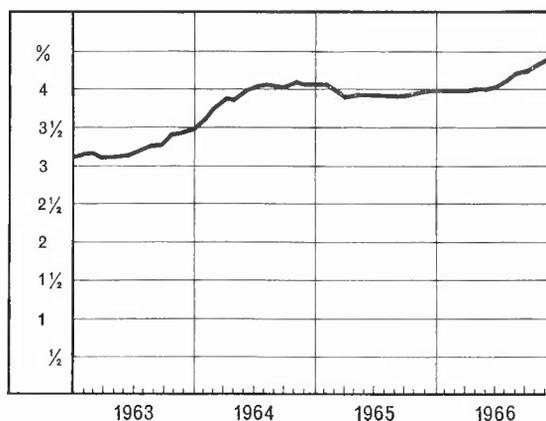
wurden. Bei den Lokalbanken und Sparkassen kamen Sätze von $3\frac{1}{4}$ bis $3\frac{3}{4}\%$ zur Anwendung. Eine Reihe von Instituten beschlossen, den Zinsfuss mit Wirkung ab 1. Januar 1967 weiter zu erhöhen. Einzelne Banken entfalteten eine rege Werbetätigkeit für Einlagen auf besonderen Anlageheften, für die sie eine höhere Verzinsung als für Spargelder offerierten, den Rückzug von Einlagen aber Beschränkungen unterwarfen.

Eine Steigerung wiesen gleichfalls die *Aktivsätze* der Banken auf, doch traten auch hier keine hektischen Bewegungen in Erscheinung. Im Debitorengeschäft zeigten die Sätze für gedeckte Kredite eine Erhöhung um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}\%$, für Blankokredite um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{3}{4}\%$. Für Baukredite wurde in den letzten Monaten 1966 im allgemeinen ebenfalls $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}\%$ mehr verlangt als ein Jahr zuvor. Die Verzinsung (ohne Kommission) lag je nach Bankengruppe zwischen $4\frac{1}{2}$ und $5\frac{1}{2}\%$. Eine Steigerung um $\frac{1}{4}\%$ auf $4\frac{1}{4}$ bis $4\frac{3}{4}\%$, ausnahmsweise 5% , erfuhren die Sätze der Kantonalbanken für Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften.

Die Verteuerung der Passivgelder, insbesondere der Spareinlagen und Kassenobligationen, wirkte sich zwangsläufig auf die Verzinsung der *Hypothekardarlehen* der Banken aus. Indessen übten auch im Berichtsjahr die meisten Institute in der Anpassung ihrer Hypothekarsätze Zurückhaltung. Für bestehende erstrangige Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau stieg die durchschnittliche Verzinsung von Ende 1965 bis Ende 1966 bei massgebenden *Kantonalbanken* von 4,13 auf 4,28%. Die Mehrheit der Staatsinstitute wandte demnach den Satz von $4\frac{1}{4}\%$ an; immerhin machten einige Kantonalbanken bereits den Schritt auf $4\frac{1}{2}\%$, während ein grosses Staatsinstitut noch bei 4% blieb. Für landwirtschaftliche Hypotheken und für solche im gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau wurden in der Regel die gleichen Sätze wie für Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau verlangt; für grossgewerbliche und industrielle Objekte stellte sich die Verzinsung dagegen auf $4\frac{1}{2}$ bis $4\frac{3}{4}\%$. Neue Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau gewährten die Kantonalbanken im letzten Quartal 1966 zu $4\frac{1}{4}$ bis $4\frac{3}{4}\%$, bei einem Durchschnittssatz Ende Dezember für die massgebenden Institute von 4,59%. Für Darlehen auf grossgewerblichen Objekten wurden von Kantonalbanken $4\frac{1}{4}$ bis 5% , zum Teil bis $5\frac{1}{4}\%$ verlangt. Bei den *privaten Hypothekarinstituten* zeigten die Zinssätze eine breitere Streuung als bei den Kantonalbanken. Während die Lokalbanken und Sparkassen häufig ihre Satzpolitik auf jene der Staatsinstitute ausrichteten, wurden andernorts Sätze zur Anwendung gebracht, welche um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}\%$ oder sogar noch deutlicher über dem Satzniveau der Kantonalbanken lagen. Bei lokalen Bodenkreditbanken und Sparkassen bildeten für bestehende Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau Sätze von $4\frac{1}{4}$ bis $4\frac{3}{4}\%$, für neue Darlehen von $4\frac{3}{4}$ bis 5% die Norm. Für Hypotheken auf neuen gewerblichen und industriellen Bauten wurden im allgemeinen $4\frac{3}{4}$ bis $5\frac{1}{2}\%$ berechnet. Eine grössere Zahl von Instituten aller Bankengruppen verlangte bei der Einräumung neuer Hypothekardarlehen, soweit es sich nicht um die Konsolidierung selbst gewährter Baukredite handelte, einmalige Abschluss- oder Auszahlungskommissionen von 0,2 bis 1,0%. Mehrere Banken beschlossen bereits im Berichtsjahr, die Zinssätze für Hypothekardarlehen Anfang 1967 oder in einem späteren Zeitpunkt um in der Regel $\frac{1}{4}\%$ weiter heraufzusetzen.

Rendite schweizerischer Staatswerte

Monatsdurchschnitte



Die Rendite der Bundesobligationen, die sich Ende 1965 auf 3,98% belaufen hatte, verharrte bis Mitte 1966 auf dem Niveau von 4%, was weitgehend auf die Kurspflege durch die Nationalbank zurückzuführen war. Im zweiten Halbjahr, als das Noteninstitut seine Interventionspolitik etwas elastischer gestaltete, kamen die Marktkräfte in vermehrtem Masse zur Geltung, so dass der durchschnittliche Renditesatz sukzessive auf 4,53% anstieg. Zum Teil rührte die Steigerung auch davon her, dass sich die mittlere Restlaufzeit der in der Berechnung berücksichtigten Titel von $8\frac{1}{2}$ auf $7\frac{1}{2}$ Jahre verringerte. Ausgeprägter war die Steigerung der durchschnittlichen Rendite kantonaler Obligationen. Sie hob sich im Laufe des Jahres von 4,58 auf 5,18%, wobei der Anstieg rund zur Hälfte auf das dritte Quartal entfiel.

Die Lage am Emissionsmarkt war das Jahr hindurch angespannt. Die der Kommission zur Überwachung der Emissionstätigkeit angemeldeten Anleihen lagen betragsmässig weit über der Leistungskraft des Marktes. Um dessen Überforderung zu vermeiden und die Steigerung des Zinsfusses für neue Anleihen in Schranken zu halten, nahm die Kommission an den gemeldeten Anleihebeträgen zum Teil kräftige Abstriche vor. Trotz der Beschränkung des Emissionsvolumens zeitigten zahlreiche Anleihen Misserfolge. Das Anlegerpublikum rechnete im Hinblick auf die Zinsentwicklung im Ausland und die sich ankündigenden höhern Kapitalbedürfnisse der öffentlichen Hand mit weiter steigenden Zinssätzen und hielt deshalb mit der Zeichnung von Anleihen zurück.

Die Marktentwicklung war in der Berichtszeit indessen keineswegs einheitlich. Während am Anfang des Jahres Anleihen der öffentlichen Hand und der Pfandbriefzentrale zu $4\frac{3}{4}$ % (einschliesslich Stempel) um pari sowie 5%-Anleihen von Kraftwerken zu pari oder leicht darüber mit Erfolg untergebracht werden konnten, zeigte der Markt im Frühjahr zunächst für Kraftwerkanleihen Ermüdungserscheinungen, so dass die Emissionskurse allgemein unter pari angesetzt werden mussten. Trotzdem sanken die Kurse im vorbörslichen Handel unter die Ausgabekurse. Vom Vorsommer an statteten erste öffentliche Emittenten ihre neuen Anleihen mit einem Zinsfuss von 5% aus, und Kraftwerke legten solche zu $5\frac{1}{4}$ bis $5\frac{1}{2}$ % auf. Die Begebungen erfolgten zu pari oder leicht darunter. Sie schlossen mit gutem Erfolg ab; teilweise wurden sie beträchtlich über-

zeichnet. Bis zum Spätherbst erwiesen sich diese Zinssätze, bei allerdings unterschiedlichen Zeichnungserfolgen der einzelnen Anleihen, als genügend. In den letzten Monaten des Berichtsjahres verschlechterte sich das Klima am Emissionsmarkt aber erneut, was sich auf die Zeichnungsergebnisse von Elektrizitätsanleihen auswirkte und die Emittenten solcher Anleihen veranlasste, den Nominalzinsfuß bis auf $5\frac{3}{4}\%$ zu erhöhen. Kantone und Städte gingen teilweise auf $5\frac{1}{4}\%$. Der Markt hat diese Anleihen gut aufgenommen.

Insgesamt wurden 120 inländische Anleihen im Emissionswert von 2999 Millionen Franken begeben, verglichen mit 126 Anleihen und 2858 Millionen Franken im Jahre 1965. Werden die Konversionen in Abzug gebracht, so ergab sich eine Neubeausspruchung des Marktes von 2292 Millionen Franken oder 231 Millionen weniger als im Vorjahr.

Am 15. April wurde die $3\frac{1}{4}\%$ Eidgenössische Anleihe vom April 1946 von 650 Millionen Franken fällig. An deren Stelle legte der Bund eine $4\frac{1}{2}\%$ -Anleihe von 350 Millionen Franken mit einer Laufzeit von längstens 15 Jahren und einem Ausgabekurs von $100,25\%$ (einschliesslich Stempel), eine $4\frac{1}{4}\%$ -Anleihe von 100 Millionen mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Emissionskurs von $99,30\%$ und zu 4% verzinsliche fünfjährige Kassenscheine im Betrage von 100 Millionen Franken und einem Emissionskurs von $99,70\%$ auf, wobei sich der Bundesrat das Recht vorbehält, unter Wahrung des Gesamtbetrages von 550 Millionen Franken jede dieser einzelnen Tranchen zu erhöhen oder zu kürzen. 100 Millionen Franken wurden nicht konvertiert, weil sich von der zur Rückzahlung fälligen Anleihe Titel im Umfang von 80 Millionen Franken bereits in den Händen des Bundes befanden. Da das Interesse der Anlegerkreise sich vorab der $4\frac{1}{2}\%$ -Anleihe und den Kassenscheinen zuwandte, wurden die Anleihensbeträge wie folgt festgesetzt: für die $4\frac{1}{2}\%$ -Anleihe auf 360 Millionen, die $4\frac{1}{4}\%$ -Anleihe auf 50 Millionen und 4% Kassenscheine auf 140 Millionen Franken.

Unter den übrigen Emittenten standen die Kantone und Gemeinden, welche sich zusammen neues Geld im Betrage von 760 Millionen Franken beschafften, an erster Stelle. Die Mittelaufnahmen fielen damit um 111 Millionen Franken höher aus als im Vorjahr. Hierin widerspiegelt sich der steigende Geldbedarf der öffentlichen Hand. Es war Aufgabe der Emissionskommission, die von Kantonen und Gemeinden an den Markt gestellten Ansprüche zu beschränken und das Emissionsvolumen auf das Angebot an langfristigen Mitteln zurückzuführen. An zweiter Stelle figurierten die Banken und die Pfandbriefzentralen, welche 644 Millionen Franken vom Markte abschöpften, gegenüber 761 Millionen im Jahre zuvor. Die Beanspruchung des Marktes durch diese Emittenten ging damit weiter zurück. Kraftwerke nahmen den Markt mit 554 Millionen Franken, d. h. mit einem um 76 Millionen niedrigeren Betrag als 1965 in Anspruch. Die Mittelaufnahmen seitens der Industrie und des Handels beliefen sich bei rückläufigen Anleihensanmeldungen auf lediglich 197 Millionen Franken; sie fielen damit nur etwas mehr als halb so hoch wie im Vorjahr aus. Werden von der Neubeausspruchung die Rückzahlungen von 255 Millionen in Abzug gebracht, so resultiert eine Nettobeausspruchung durch öffentlich begebene Anleihensemissionen von 2037 Millionen Franken, im Vergleich zu 2157 Millionen im Jahre zuvor.

Durch öffentliche *Aktienemissionen* wurden dem Markte 258 Millionen Franken entnommen gegen 282 Millionen im Jahre 1965; die Rückzahlungen schweizerischen Aktienkapitals stellten sich wie im Vorjahr auf 16 Millionen. Die Nettoinanspruchnahme des Marktes in diesem Sektor hielt sich damit in eher engem Rahmen, was zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die Investitionen der Industrie in Bauten und Anlagen seit 1964 einen Rückgang verzeichneten. Ferner dürfte sich das ungünstige Klima an den Aktienbörsen ausgewirkt haben.

Umfangreicher als im Vorjahr fielen die *nicht öffentlichen Emissionen* von Anleihen und Aktien aus. Die ersteren beliefen sich auf 446 Millionen Franken, gegenüber 193 Millionen im Jahre zuvor. Die Zunahme rührt vor allem davon her, dass sich der Bund durch eine nicht öffentliche Begebung von Kassenscheinen 120 Millionen Franken beschaffte und Kantone und Gemeinden auf dem gleichen Wege Tresoreriemittel im Betrag von 135 Millionen Franken aufnahmen. Unter den nicht öffentlichen Emissionen figurieren Darlehen des Ausgleichsfonds der AHV an die Pfandbriefinstitute in der Höhe von 112 Millionen Franken, im Vergleich zu 59 Millionen im Jahre 1965. Wiederum stellten sich die nicht öffentlichen Aktienemissionen mit 963 Millionen auf einen hohen Betrag, blieben aber hinter dem Vorjahresbetreffnis von 1 273 Millionen Franken zurück.

Damit wurde der Markt durch öffentlich und nicht öffentlich begebene inländische Anleihe- und Aktienemissionen mit netto 3 688 Millionen Franken in Anspruch genommen. Im Vorjahr waren es 3 888 Millionen Franken.

Am schweizerischen Markt wurden 17 *Auslandsanleihen* im Betrage von 567 Millionen Franken öffentlich begeben. Nach Abzug der Konversionen von 6 Millionen Franken stellte sich die Neubeanspruchung des Marktes auf 561 Millionen Franken, verglichen mit 339 Millionen im Jahre 1965. Ein erheblicher Teil der Anleihen wurde von Ausländern gezeichnet. Vom erstgenannten Betrag entfielen 410 Millionen auf 11 Anleihen in Schweizerfranken und 157 Millionen auf 6 internationale, auf ausländische Währungen lautende Anleihen, an denen schweizerische Banken mit einem Teilbetrag partizipierten. Schweizerische Banken waren im Jahre 1966 erstmals an Emissionssyndikaten für internationale Anleihen beteiligt.

Die internationale Emissionstätigkeit hat sich stark entfaltet, seitdem durch die amerikanische Zahlungsbilanzpolitik europäischen Emittenten die Aufnahme langfristiger Gelder am amerikanischen Markt beträchtlich erschwert ist und amerikanische Unternehmungen ihre Investitionen im Ausland durch die Begebung von Anleihen an europäischen Märkten (Euroanleihen) finanzieren. Ein erheblicher Teil der namentlich in Luxemburg emittierten internationalen Anleihen ist in der Schweiz untergebracht worden, weil die Emissionshäuser nur einen Teil der von ihnen zur Placierung übernommenen Anleihequoten in ihren eigenen Ländern absetzen konnten. Die ausländische und auch die inländische Kundschaft der schweizerischen Banken bekundete dagegen für die bis zu $6\frac{3}{4}\%$ verzinslichen Anleihen erhebliches Interesse. Dieser Kapitalexport unterlag keiner Kontrolle durch die Nationalbank.

Wenn die schweizerischen Banken bis zum Frühjahr 1966 in den Emissionssyndikaten nicht vertreten waren, so hing dies vor allem mit der Erhebung der Couponsteuer in der Schweiz zu-

sammen, welche es ihnen verunmöglichte, sich gleichberechtigt mit Banken anderer Länder an internationalen Emissionssyndikaten an dem zu beteiligen. Nachdem dieses wichtige Hemmnis mit dem Beschluss, die Couponsteuer auf den 1. Januar 1967 aufzuheben, wegfiel, stand einer Mitwirkung nichts mehr im Wege. Auf Grund der ihr in Art. 8 des Bankengesetzes eingeräumten Befugnisse knüpfte die Nationalbank an ihre Zustimmung zur direkten Einschaltung schweizerischer Banken ins internationale Emissionsgeschäft den Vorbehalt, dass die betreffenden Institute mindestens die Hälfte ihrer Beteiligung an internationalen Konsortien bei ihrer Auslandskundschaft unterbringen.

Ergänzend sei erwähnt, dass ausser den zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten ausländischen Anleihen im obgenannten Betrage von 567 Millionen Franken eine weitere Anleihe in der Höhe von 4,8 Millionen nicht öffentlich begeben wurde. Nach Abzug der Rückzahlungen und der Teilbeträge der zur Konsolidierung früherer Bankenkredite verwendeten Anleihen von zusammen 241 Millionen sowie der Konversionen belief sich der Nettokapitalexport auf 325 Millionen Franken gegenüber 209 Millionen im Jahre 1965, wobei zu beachten ist, dass in diesen Beträgen die Zeichnungen für ausländische Rechnung enthalten sind.

Die dem Ausland eingeräumten Bankenkredite, deren Gewährung gemäss Art. 8 des Bankengesetzes der Zustimmung der Nationalbank bedurfte, beliefen sich auf 484 Millionen Franken, verglichen mit 153 Millionen im Jahre 1965.

Der *Ausgleichsfonds der AHV* erhöhte seine Anlagen um 221 Millionen Franken. Die Grössenordnung der ausgeliehenen Gelder entspricht nur noch dem Zinsertrag des Fondsvermögens, da die Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeber sowie der öffentlichen Hand für Rentenauszahlungen voll beansprucht wurden.

Der Zufluss an Mitteln zu den *Banken* in Form von Publikumsgeldern (Kundengeldern auf Sicht und Zeit, Einlagen auf Spar- und Depositenheften und Kassenobligationengeldern) blieb hinter dem Zugang im Vorjahr zurück. Bei den 62 monatlich berichtenden Instituten zeigten die genannten Bilanzpositionen zusammen bis Ende November einen Anstieg um 2612 Millionen Franken oder 4,7%, gegenüber 3313 Millionen oder 6,4% in den ersten elf Monaten 1965. Auch die Geldaufnahmen der Banken (Obligationenanleihen, Pfandbriefdarlehen und AHV-Darlehen der Kantonalbanken) waren mit 651 Millionen kleiner als der entsprechende Vorjahresbetrag von 757 Millionen Franken. Andererseits fiel der Anstieg der Bankengelder mit 554 Millionen rund 100 Millionen stärker aus als im Jahr zuvor, in welchem er sich auf 460 Millionen belaufen hatte.

In der Zusammensetzung der Publikumsfelder traten beträchtliche Verschiebungen ein. Es ergab sich vor allem eine starke Konzentration auf die Kreditoren auf Zeit, deren Zunahme um 1095 Millionen volle 42% der Vermehrung der gesamten Publikumsfelder ausmachte, gegenüber vorjährigen Vergleichsbeträgen von 803 Millionen Franken bzw. 24%. Die Umschichtung rührte einmal davon her, dass Anlegerkreise in Erwartung steigender Zinssätze am Markt für Kassenobligationen in der Zeichnung solcher Titel eine betonte Zurückhaltung übten; alsdann dürfte die attraktive Verzinsung, welche die Banken für kurzfristig gebundene Gelder offerierten, deren

Zufluss stimuliert haben. Die Zunahme im Bestand an Kassenobligationen belief sich auf nur 435 Millionen Franken, im Vergleich zu 1147 Millionen im Vorjahr. Bei den Checkrechnungen und Sichtkreditoren trat sogar ein Rückgang um 96 Millionen Franken ein, was unter anderem auf direkte Anlagen der schweizerischen Wirtschaft an den Eurogeldmärkten und auf die Abnahme von Verpflichtungen der schweizerischen Banken gegenüber Ausländern zurückzuführen sein dürfte. Der Zuwachs an Spareinlagen mit Einschluss der Einlagen auf Depositenheften hielt sich mit 1179 Millionen Franken ungefähr auf Vorjahreshöhe.

Das schwächere Wachstum der langfristigen Geldaufnahmen der Banken war zur Hauptsache durch die verringerte Ausgabe von Obligationenanleihen bedingt. Diese Gelder stiegen noch um 398 Millionen Franken, gegenüber 489 Millionen im Vergleichszeitraum 1965. An Pfandbriefgeldern wurden 225 Millionen Franken oder ein ungefähr gleich hoher Betrag wie im Jahre zuvor aufgenommen.

Obwohl sich der Zugang an Mitteln verlangsamte, dehnte sich die Kreditfähigkeit stärker aus als im vorangegangenen Jahr. Die Debitoren, die Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie die Hypothekaranlagen zusammen stiegen bis Ende November um 4026 Millionen Franken oder um 7,9%, gegenüber 7,5% in der vorjährigen Parallelperiode. Der Mehrzuwachs rührte von der kräftigen Zunahme der Debitoren her. Diese wiesen in den ersten elf Monaten eine Steigerung um 2178 Millionen oder 9,5% auf, im Vergleich zu 7,8% im Vorjahr. Wird der Stand der Debitoren per Ende November mit jenem vor zwölf Monaten verglichen, so ergibt sich eine Jahreszuwachsrate von 11,3%. Wie der Vergleich der ausführlichen Halbjahresbilanzen der 62 Banken zeigt, belief sich der Anstieg der ausländischen Debitoren von Ende Juni 1965 bis Ende Juni 1966 auf 40%, jener der inländischen Debitoren auf 8%. Die prozentuale Zunahme der Ausleihungen an die ausländische Kundschaft war somit stärker als die Expansionsrate der Kreditfähigkeit im Inland, doch dürfte diese erneut wesentlich über den realen Zuwachs des Sozialproduktes hinausgegangen sein. Auf einem hohen Stand bewegten sich die neu bewilligten Baukredite. Die 62 Institute eröffneten im Jahre 1966 neue Baukredite im Betrage von 3504 Millionen Franken, verglichen mit 3386 Millionen Franken im Jahr zuvor. Erwartungsgemäss stand die Einräumung von Krediten für den Wohnungsbau im Vordergrund. So entfielen vom Gesamtbetrag der neu bewilligten Kredite 48% auf den allgemeinen und 12% auf den gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau sowie weitere 16% auf Einfamilienhäuser und Villen.

In steigender Richtung bewegten sich die Vorschüsse und Darlehen an die öffentliche Hand. Die Zunahme dieser Kredite bis Ende November war mit 412 Millionen Franken zwar weniger umfangreich als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; doch hing dies damit zusammen, dass Kantone und Gemeinden in den ersten Monaten des Jahres Bankenkredite zurückzahlten, welche sie in der zweiten Hälfte 1965 aufgenommen hatten. Auch die Konsolidierung kurzfristiger Bankschulden durch die Begebung von Anleihen trug hiezu bei. Wird der Stand der Vorschüsse an die öffentliche Hand Ende November mit jenem vor Jahresfrist verglichen, so ergibt sich eine Zunahme um 13%. Dies zeigt, dass die öffentlich-rechtlichen Körperschaften zur Deckung ihres Geldbedarfs in erheblichem Umfang Bankenkredite aufnahmen. Nach den Wahrnehmungen der

Nationalbank haben sich Kantone und Gemeinden einen Teil der von ihnen benötigten langfristigen Gelder durch kurzfristige Mittelaufnahmen beschafft, was dem Erfordernis der Eindämmung der weiterhin andauernden Inflationstendenzen und den Grundsätzen einer gesunden Finanzpolitik widerspricht. Die Nationalbank machte deshalb die Banken in einem Rundschreiben darauf aufmerksam, dass sie sich vorbehalte, im Falle der Überschreitung der Kreditzuwachsrate gemäss Art. 9 der Vereinbarung über die Kreditbegrenzung die effektive Dauer von an sich kurzfristigen Vorschüssen zu überprüfen und den Nachweis zu verlangen, dass die Kreditgewährung nur vorübergehenden Tresoreriebedürfnissen diene. Im weiteren liess die Nationalbank die Banken wissen, dass sie in der Regel nicht bereit sei, Reskriptionen von Kantonen und Gemeinden zu rediskontieren.

Der Bestand der Hypothekaranlagen nahm mit 1436 Millionen Franken etwas stärker zu als im Vorjahr.

Die Kreditexpansion im Inland wäre wohl noch kräftiger ausgefallen, wenn nicht die Bestimmungen der Vereinbarung über die Kreditbegrenzung zahlreiche Institute zur Zurückhaltung in ihrer Geschäftstätigkeit veranlasst hätten; eine beträchtliche Zahl von Banken stiess an die Plafonds an.

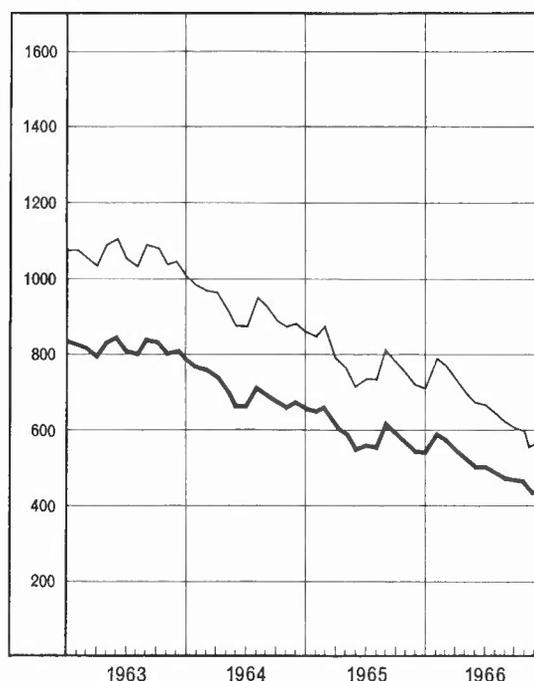
Gesamthaft gesehen war der Kreditzuwachs nicht nur grösser als im Vorjahr, sondern übertraf auch den Zufluss an Publikumsgeldern. Die Finanzierung der Kredittätigkeit erfolgte somit zum Teil zu Lasten der Liquidität der Banken. Namentlich die Kassenliquidität verringerte sich, was sich im Rückgang der Giro Guthaben der Banken bei der Nationalbank widerspiegelte. Angesichts dieser Entwicklung, die zudem den wohlverstandenen Interessen der Banken zuwiderlief, legte die Nationalbank den Kreditinstituten bereits im April aus konjunkturpolitischen Gründen und im Interesse der Erhaltung des Geldwertes nahe, ihre Kreditexpansion zu verlangsamen. Sie forderte die Banken zur Haltung einer hohen Liquidität auf.

An sich verfügt das schweizerische Bankensystem im Ausland über hohe kurzfristige Guthaben, die zur Verbesserung der Kassenliquidität heimgeschafft werden können. Dabei ist allerdings zu beachten, dass diesen Forderungen auch umfangreiche Auslandverpflichtungen gegenüberstehen, da die schweizerischen Banken kurzfristige Mittel, die zum grossen Teil von ausländischen Kunden oder Korrespondenten stammen, an internationalen Märkten anlegen. Die Banken müssen deshalb auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in ihrem Auslandstatus bedacht sein. Nach im Jahre 1966 erstmals durchgeführten umfassenden vierteljährlichen Erhebungen besaßen die schweizerischen Banken Ende September Auslandguthaben, die Anlagen in Wertschriften nicht eingerechnet, in der Höhe von 17,7 Milliarden Franken, während sich die Auslandverpflichtungen auf 16,7 Milliarden Franken beliefen. Damit ergab sich in diesem Zeitpunkt ein Überschuss der Guthaben von rund einer Milliarde Franken. Diese Zahlen zeigen die weitgehende internationale Verflechtung des schweizerischen Bankensystems in eindrucklicher Weise.

Die *Investmenttrusts* blicken auf ein für sie unbefriedigendes Jahr zurück. Verschiedene Immobilienfonds, die in früheren Jahren nicht auf die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Liquidität bedacht gewesen waren, standen vor ernstlichen Schwierigkeiten.

Schweizerischer Aktienindex

— Gesamtindex
— Industrieaktien allein



Die 114 Investmenttrusts, welche der Nationalbank vierteljährliche Meldungen über ihre Geschäftstätigkeit erstatten, hatten von Jahresbeginn bis Ende September 827 000 Anteilscheine zurückzukaufen und hiefür einen Betrag von 106 Millionen Franken aufzuwenden. Vor allem die Anteilscheinbesitzer von Wertschriftenfonds (einschliesslich der Trusts mit Anlagen in Wertschriften und Immobilien) stiessen Zertifikate ab. Bei den Fonds dieser Gruppe verminderte sich die Zahl der ausstehenden Anteilscheine um 816 000 auf 16,7 Millionen Stück. Das Fondsvermögen zeigte eine Abnahme um 436 Millionen auf 2911 Millionen Franken, welche auf die Rücknahme von Zertifikaten im obgenannten Umfang von 106 Millionen Franken und sodann auf Kursrückgänge im Ausmass von 330 Millionen Franken zurückzuführen war. Bei den Immobilienfonds zeigten sich, sowohl was die Bewegung der Zahl der Zertifikate als auch was die Bewertung des Fondsvermögens betrifft, im gesamten gesehen keine nennenswerten Verschiebungen, indem die noch geringfügigen Emissionen durch Rücknahmen aufgewogen wurden. Ende September belief sich der Bestand an Zertifikaten auf 5,6 Millionen Stück, und das Fondsvermögen wurde mit 2964 Millionen Franken ausgewiesen.

An den *Aktienbörsen* herrschte nach Jahresbeginn eine etwas freundlichere Stimmung. Sie war allerdings nur von kurzer Dauer, und bereits Ende März erreichte das mittlere Kursniveau nurmehr wieder den Stand von Ende 1965. Alsdann gingen die Notierungen in einem etwas langsameren Tempo zurück. Die Abschwächung war aber kontinuierlich und dauerte bis kurz vor Jahresende an. Die Kursbewegung stand unter dem Einfluss der Baissen an ausländischen Börsen, insbesondere jener von New York, sowie der Versteifung am schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt, die in steigenden Renditen der festverzinslichen Werte ihren Niederschlag fand. Die

Nachfrage nach Aktienwerten hielt sich weiterhin in engem Rahmen und war nach wie vor selektiv. Der Index der Aktienkurse ging von Ende 1965 bis Anfang Dezember 1966 um 118 auf 426 Punkte zurück. Alsdann setzte eine Erholung ein, die den Kursstand bis zum Jahresende auf 449 ansteigen liess. Die im Laufe des Jahres eingetretenen Kursverluste stellten sich damit im Durchschnitt auf 17%. Alle Kategorien von Aktien hatten Einbussen in Kauf zu nehmen.

4. Bankbehörden und Direktion

Die Zusammensetzung der *Bankbehörden* hat im Berichtsjahr folgende Änderungen erfahren:

Als Nachfolger des 1965 verstorbenen Herrn Oscar de Chastonay wählte die Generalversammlung der Aktionäre vom 26. März 1966 Herrn Joseph Michaud, Ing. agr., Direktor der «Provins» Fédération des Producteurs de Vins du Valais, Präsident der Walliser Handelskammer, Sitten, neu in den Bankrat der Schweizerischen Nationalbank.

Im August 1966 hatten wir den Hinschied unseres geschätzten Mitgliedes der Revisionskommission, Herrn Regierungsrat Niklaus Senn, Direktor der Appenzell-Innerrhodischen Kantonalbank, zu beklagen. Wir werden dem Dahingegangenen, der dem genannten Gremium seit 1948 als Ersatzmann und seit 1957 als Mitglied angehört hatte, ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Im *Direktorium* der Schweizerischen Nationalbank sind im abgelaufenen Jahr zwei Mutationen eingetreten, indem auf Ende März Herr Vizepräsident Dr. Riccardo Motta, Vorsteher des II. Departements, und auf Ende August Herr Präsident Dr. Walter Schwegler, Vorsteher des I. Departements, ihre Funktionen in der obersten Geschäftsleitung unserer Bank niederlegten. Der Bundesrat hat den Demissionsgesuchen der beiden genannten Herren unter bester Verdankung der dem Noteninstitut und damit dem Lande geleisteten wertvollen Dienste entsprochen. In beiden Fällen erfolgte der Rücktritt einige Monate vor Erreichen der Altersgrenze, um die wünschbare Kontinuität im Direktorium sicherzustellen.

Herr Dr. Walter Schwegler gehörte zuerst während mehrerer Jahre dem wissenschaftlichen Mitarbeiterstab des Sitzes Zürich an. Nachdem ihm anschliessend als Direktor der Zweiganstalt Luzern Gelegenheit geboten war, sich im praktischen Bankgeschäft zu betätigen, ernannte ihn der Bundesrat 1944 zum Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements und zehn Jahre später zum Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departements. 1956 erfolgte seine Wahl zum Präsidenten des Direktoriums, in welcher Eigenschaft er dem I. Departement vorstand. Das Wirken von Herrn Dr. Schwegler während seiner zehnjährigen Präsidialzeit ist durch den mutig und kompromisslos geführten Kampf gegen Inflation und Konjunkturüberhitzung sowie durch sein unentwegtes Einstehen für die Überzeugung gekennzeichnet, dass gesundes wirtschaftliches Wachstum auf die Dauer nur bei stabilen monetären Verhältnissen möglich ist.

Herr Dr. Riccardo Motta wurde nach einer gründlichen banktechnischen Ausbildung im In- und Ausland vom Bundesrat 1938 als Direktor zur Schweizerischen Nationalbank berufen, wo er sich

als Stellvertreter des Vorstehers des II. Departements mit dem spezifischen Geschäfts- und Aufgabenkreis des Sitzes Bern zu befassen hatte. Im Jahre 1955 zum Vizepräsidenten des Direktoriums und Vorsteher des II. Departements gewählt, trug Herr Dr. Motta durch sein diplomatisches Geschick, aber auch durch die Bestimmtheit, mit der er sich für die Verteidigung unserer Währung einsetzte, massgeblich zur Verwirklichung der von der Notenbankleitung als richtig erkannten Ziele bei.

Für ihre langjährige und hingebungsvolle Tätigkeit im Dienste der Schweizerischen Nationalbank möchten wir den Herren Dr. Schwegler und Dr. Motta auch an dieser Stelle unseren aufrichtigen Dank aussprechen.

In Ersetzung der beiden zurückgetretenen Direktoriumsmitglieder wählte der Bundesrat zum Präsidenten des Direktoriums und Vorsteher des I. Departements mit Wirkung ab 1. September 1966 Herrn Botschafter Dr. Edwin Stopper, bisher Direktor der Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, zum Vizepräsidenten des Direktoriums und Vorsteher des II. Departements mit Wirkung ab 1. April 1966 Herrn Alexandre Hay, Rechtsanwalt, bisher Stellvertreter des Vorstehers des II. Departements.

Im *Direktionskörper* sind ferner nachstehende Änderungen zu verzeichnen:

Der Bundesrat wählte Herrn Dr. Michel de Rivaz, bisher Abteilungsdirektor beim Sitz Bern, zum Stellvertreter des Vorstehers des II. Departements und Herrn Dr. Fritz Leutwiler, bisher Abteilungsdirektor beim Sitz Zürich, zum Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements.

Herr Riccardo Rossi, Direktor der Zweiganstalt Lugano, sah sich aus gesundheitlichen Rücksichten veranlasst, um vorzeitige Versetzung in den Ruhestand nachzusuchen. Der Bundesrat entsprach seinem Begehren unter Verdankung der unserer Bank während nahezu 25 Jahren geleisteten ausgezeichneten Dienste und ernannte zu seinem Nachfolger mit Amtsantritt am 1. Februar Herrn Dr. Plinio Cioccarei, bisher Vorsteher des Finanz- und Erziehungsdepartements des Kantons Tessin.

Der Bankausschuss beförderte Herrn Dr. Pierre Flückiger, Stellvertreter des Generalsekretärs, auf Beginn 1967 zum Abteilungsdirektor beim Sitz Bern.

Schliesslich ist der Wechsel in der Leitung unserer *Hauptkasse* zu erwähnen, wo an Stelle des wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getretenen Herrn Hauptkassier Otto Kunz, dessen langjährige verantwortungsvolle Arbeit hiermit ebenfalls bestens verdankt sei, Herr Rudolf Aebersold, bisher Stellvertreter, zum neuen Hauptkassier der Bank aufrückte.

JAHRESRECHNUNG

1. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 1966

2. JAHRESSCHLUSSBILANZ VOM 31. DEZEMBER 1966

GEWINN- UND

SOLL

Abgeschlossen auf

	Fr. }	
Verwaltungskosten		
Bankbehörden	Fr. 424 572. —	
Personal	Fr. 12 399 679. 80	
Geschäfts- und Bureaunkosten	Fr. 1 245 312. 07	
Verschiedenes	Fr. 494 901. 91	14 564 465. 78
Zinsen für Bundesschatzanweisungen		16 512 710. 35
Zinsen an Deponenten		429 999. 22
Aufwendungen für Bankgebäude		3 223 157. 01
Abschreibungen auf Mobiliar		893 107. 15
Kosten für Offenmarktoperationen		16 460 401. 85
Banknotenherstellungskosten		7 019 623. 20
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden		1 000 000. —
Zuwendung an die Pensionskasse		2 000 000. —
Reingewinn		6 843 248. 80
		68 946 713. 36

VERLUSTRECHNUNG

31. Dezember 1966

HABEN

	Fr.
Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	35 216 068. 10
Diskontoertrag und Inkassogebühren	3 127 134. 23
Ertrag des Lombardgeschäftes	1 159 892. 35
Ertrag der eigenen Wertschriften einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	26 964 403. 90
Zinsen von Inlandkorrespondenten	236 887. 07
Kommissionen	892 726. 26
Übrige Nutzposten	1 349 601. 45
	<hr/>
	68 946 713. 36
	<hr/>

JAHRESSCHLUSSBILANZ

AKTIVEN

	Fr.	
Kasse		
Gold im Inland und Ausland	Fr. 12 297 388 069. 05	
andere Kassenbestände	Fr. 13 472 481. 94	12 310 860 550. 99
Devisen		2 060 340 047. 47
Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken		518 920 000. —
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 97 832 380. 81	
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 16 750 000. —	
Diskontierte Obligationen.....	Fr. 43 259 500. 35	157 841 881. 16
Lombardvorschüsse		109 343 647. 91
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.....		432 000 000. —
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 1 757 600. —	
andere	Fr. 179 990 801. —	181 748 401. —
Korrespondenten		
im Inland	Fr. 81 500 222. 47	
im Ausland	Fr. 15 413 945. 11	96 914 167. 58
Inkassowechsel		2 461 739. 92
Postcheckguthaben		3 171 806. 11
Diverse Debitoren.....		14 833 972. 85
Coupons		17 351. 85
Bankgebäude		1 500 000. —
Mobilier		1. —
Sonstige Aktiven.....		7 322 161. 65
Nicht einbezahltes Grundkapital.....		25 000 000. —
		15 922 275 729. 49

	Fr.
Notenumlauf	10 651 053 330. —
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie Fr. 2 982 220 323. 37	
Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Fr. 1 035 000 000. —
Girorechnungen ausländischer Banken	Fr. 34 385 418. 21
	4 051 605 741. 58
Bundesverwaltungen	375 232 250. 93
Deponenten	15 340 828. 32
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	23 277 503. 94
Verbindlichkeiten auf Zeit	389 050 000. —
Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	2 290 000. —
Diverse Kreditoren	239 993 215. 32
Ausstehende Checks	777 103. 58
Sonstige Passiven	46 629 141. 97
Grundkapital	50 000 000. —
Reservefonds	33 000 000. —
Rückstellung für Offenmarktoperationen	6 000 000. —
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	17 183 112. 65
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	6 500 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	6 189 758. 15
Rückstellung für Steuern	310 494. 25
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	1 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	15 922 275 729. 49

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

AKTIVEN DER BILANZ

KASSENVERKEHR

Kassenbestand am 31. Dezember 1965, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 22 875 685 317. 82
Eingang im Jahre 1966	Fr. 26 149 174 746. 15
Ausgang im Jahre 1966	<u>Fr. 25 813 687 772. 98</u>
Kassenumsatz	Fr. 51 962 862 519. 13
Überschuss der Einzahlungen	<u>Fr. 335 486 973. 17</u>
Kassenbestand am 31. Dezember 1966, einschliesslich Gold im Ausland	<u>Fr. 23 211 172 290. 99</u>
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1966 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 12 297 388 069. 05
Scheidemünzen	Fr. 13 464 894. 92
Verschiedenes	<u>Fr. 7 587. 02</u>
Total laut Bilanz	Fr. 12 310 860 550. 99
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	<u>Fr. 10 900 311 740. —</u>
Total	<u>Fr. 23 211 172 290. 99</u>

Das Gold ist mit Fr. 4 869. 80 pro Kilogramm Feingold verbucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

DEVISENVERKEHR

Bestand am 31. Dezember 1965	Fr. 852 625 676. 32
Eingang im Jahre 1966	<u>Fr. 24 301 905 207. 15</u>
	Fr. 25 154 530 883. 47
Ausgang im Jahre 1966	<u>Fr. 23 094 190 836. —</u>
Bestand am 31. Dezember 1966	<u>Fr. 2 060 340 047. 47</u>

KURSGESICHERTE GUTHABEN BEI AUSLÄNDISCHEN NOTENBANKEN

Bestand am 31. Dezember 1965	<u>Fr. 428 545 000. —</u>
Bestand am 31. Dezember 1966	<u>Fr. 518 920 000. —</u>

DISKONTOVERKEHR

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1965	646 Wechsel mit	Fr.	98 060 110. 40
Im Jahre 1966 wurden diskontiert	3 288 Wechsel mit	Fr.	457 753 906. 82
	3 934 Wechsel mit	Fr.	555 814 017. 22
Davon wurden 1966 eingelöst	3 291 Wechsel mit	Fr.	457 981 636. 41
Bestand am 31. Dezember 1966	643 Wechsel mit	Fr.	97 832 380. 81

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	9 500 000. —
Im Jahre 1966 wurden diskontiert:		
eingereicht vom Bund	Fr.	—
eingereicht vom Markt	Fr. 220 250 000.—	Fr. 220 250 000. —
		Fr. 229 750 000. —
Davon wurden 1966 eingelöst	Fr.	213 000 000. —
Bestand am 31. Dezember 1966	Fr.	16 750 000. —

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	31 526 340. 55
Im Jahre 1966 wurden diskontiert	Fr.	130 710 423. 80
	Fr.	162 236 764. 35
Davon wurden 1966 eingelöst	Fr.	118 977 264. —
Bestand am 31. Dezember 1966	Fr.	43 259 500. 35

LOMBARDVERKEHR

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1965	Fr.	38 946 863. 05
Neue Vorschüsse im Jahre 1966	Fr.	918 785 196. 62
	Fr.	957 732 059. 67
Rückzahlungen im Jahre 1966	Fr.	848 388 411. 76
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1966	Fr.	109 343 647. 91

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1966 auf 143.

Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1966 entfielen 70% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

VERKEHR IN AUSLÄNDISCHEN SCHATZANWEISUNGEN IN SCHWEIZERFRANKEN

Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	432 000 000. —
Bestand am 31. Dezember 1966	Fr.	<u>432 000 000. —</u>

VERKEHR IN EIGENEN WERTSCHRIFTEN

Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	92 946 801. —
Eingang im Jahre 1966	Fr.	90 048 800. —
	Fr.	<u>182 995 601. —</u>
Ausgang im Jahre 1966	Fr.	1 247 200. —
Bestand am 31. Dezember 1966	Fr.	<u>181 748 401. —</u>

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM INLAND

Guthaben der Bank am 31. Dezember 1965	Fr.	66 072 588. 31
Im Jahre 1966 wurden der Bank von den Korrespondenten gutgeschrieben	Fr.	9 846 791 062. —
belastet	Fr.	<u>9 831 363 427. 84</u>
Gesamtumsatz	Fr.	19 678 154 489. 84
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>15 427 634. 16</u>
Guthaben der Bank am 31. Dezember 1966	Fr.	<u>81 500 222. 47</u>

Am 31. Dezember 1966 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 362 Bank- und 183 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 468.

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Bestand am 31. Dezember 1965	Fr.	14 541 659. 41
Eingang im Jahre 1966	Fr.	2 636 437 832. 36
	Fr.	<u>2 650 979 491. 77</u>
Ausgang im Jahre 1966	Fr.	2 635 565 546. 66
Bestand am 31. Dezember 1966	Fr.	<u>15 413 945. 11</u>

INKASSOVERKEHR

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	22 170 Stück mit	Fr.	807 034 136. 54
auf andere Bezogene	<u>13 768 Stück mit</u>	Fr.	<u>273 075 493. 38</u>
Total	<u>35 938 Stück mit</u>	Fr.	<u>1 080 109 629. 92</u>

hievon wurden als Deckung für Rechnungen der

Korrespondenten in der Schweiz eingereicht	1 163 Stück mit	Fr.	46 303 288. 92
--	-----------------	-----	----------------

VERKEHR AUF POSTCHECKRECHNUNGEN

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1965	Fr.	7 237 200. 01
--	-----	---------------

Im Jahre 1966 wurden unsern Postcheckrechnungen

gutgeschrieben	Fr. 38 805 245 968. 94
--------------------------	------------------------

belastet	<u>Fr. 38 809 311 362. 84</u>
--------------------	-------------------------------

Gesamtumsatz	Fr. 77 614 557 331. 78
------------------------	------------------------

Überschuss der Belastungen	Fr.	<u>4 065 393. 90</u>
--------------------------------------	-----	----------------------

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1966	Fr.	<u>3 171 806. 11</u>
--	-----	----------------------

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

18 289 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	1 549 658 988. 60
---	-----	-------------------

31 382 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr.	<u>20 473 051 504. 80</u>
---	-----	---------------------------

Total	Fr.	<u>22 022 710 493. 40</u>
-----------------	-----	---------------------------

Die Postcheckkämter sind ermächtigt, gegen Postchecks Checks auf die Nationalbank zur Gutschrift auf Girokonto abzugeben.

Von 25 Postcheckkämtern wurden im Berichtsjahr 2 173 Checks ausgestellt mit	Fr.	<u>222 665 918. 65</u>
---	-----	------------------------

BANKGEBÄUDE UND MOBILIAR

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1966 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000. —

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 38 805 200. —.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung,

Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 3 532 412. 41

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 309 255. 40

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 3 223 157. 01

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1965 belastet mit Fr. 1. —

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 893 107. 15
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1966 beträgt somit wiederum Fr. 1. —

PASSIVEN DER BILANZ

AUSGABE UND DECKUNG DER BANKNOTEN (Vgl. Beilagen Nr. 1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich

am 31. Dezember 1965	auf	Fr. 10 042 543 625
am 31. Dezember 1966	auf	Fr. 10 651 053 330
Zunahme		Fr. 608 509 705

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 9 566 482 405; er erreichte im Maximum (am 23. Dezember) Fr. 10 867 695 125 und im Minimum (am 16. Februar) Fr. 8 983 353 635.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 31 976 250 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 1 971 150 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1966 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	28 025 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite ...	Fr.	8 430 500
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr.	27 345 900
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	8 469 250
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite	Fr.	8 025 820
Zusammen	Fr.	80 296 470

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1966:

Gold		Fr. 12 297 388 069
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	2 060 340 047
Inlandportefeuille	Fr.	157 841 881
Lombardvorschüsse	Fr.	109 343 648
Wertschriften	Fr.	1 757 600
Gesamte Notendeckung		Fr. 2 329 283 176
		Fr. 14 626 671 245

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 136,66% (7. Januar), im Minimum 110,08% (23. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 101,10% (21. März), im Minimum 87,33% (30. Dezember).

GIROVERKEHR (Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1965	Fr.	4 084 276 762. 02
Im Jahre 1966 wurden den Girorechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	506 682 548 764. 75
belastet	Fr.	506 715 219 785. 19
Gesamtumsatz	Fr.	1 013 397 768 549. 94
Überschuss der Belastungen	Fr.	32 671 020. 44
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1966	Fr.	4 051 605 741. 58

Vom Gesamtumsatz wurden 98,32% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	4 291 803	Posten mit	Fr. 1 013 397 768 549. 94
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Giro-			
rechnungen bei der Nationalbank	3 677 104	Posten mit	Fr. 778 057 844 349. 80
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten			
Bankenclearingkonti verrechnet	3 639 426	Posten mit	Fr. 246 615 085 205. 46

Der Bestand der Giroguthaben betrug im Maximum (am 14. Januar) Fr. 4 232 179 360.29, im Minimum (am 7. November) Fr. 2 500 176 597.85; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 032 180 650.07.

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1966 auf 1 537.

VERKEHR MIT DEN BUNDESVERWALTUNGEN

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1965 . . .	Fr.	126 266 196. 96
Im Jahre 1966 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen		
gutgeschrieben	Fr.	39 349 403 422. 65
belastet	Fr.	<u>39 100 437 368. 68</u>
Gesamtumsatz	Fr.	78 449 840 791. 33
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>248 966 053. 97</u>
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1966 . . .	Fr.	<u>375 232 250. 93</u>
Vom Verkehr entfallen auf		
	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 11 217 198 165. 69	Fr. 10 968 004 403. 22
die PTT-Betriebe	Fr. 25 804 466 212. 95	Fr. 25 804 413 854. 74
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 1 913 959 939. 10	Fr. 1 913 443 711. 36
die übrigen Verwaltungen	Fr. 413 779 104. 91	Fr. 414 575 399. 36
Total	Fr. <u>39 349 403 422. 65</u>	Fr. <u>39 100 437 368. 68</u>

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1966	
für den Bund	Fr. 1 137 561 100. —
für die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. <u>352 500. —</u>
Total	Fr. <u>1 137 913 600. —</u>

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1965 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

724 Einzelforderungen mit Fr. 1 206 237 000. —

Zuwachs im Jahre 1966:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei einer Anleihsenmission Fr. 88 907 000. —

Fr. 1 295 144 000. —

Abgang im Jahre 1966:

Rückzahlungen Fr. 255 345 000. —

Am 31. Dezember 1966 waren im Schuldbuch eingetragen:

658 Einzelforderungen mit Fr. 1 039 799 000. —

Im Berichtsjahre wurden 40 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf

andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 16 266 000. —

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in

1 138 Gutschriften Fr. 22 639 311. 45

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Einlösung von Titeln und Coupons

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel 8 496 Stück mit Fr. 17 748 500. —

Coupons 286 580 Stück mit Fr. 14 046 834. 95

Total 295 076 Stück mit Fr. 31 795 334. 95

VERKEHR MIT DEPONENTEN

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1965 Fr. 18 976 251. 90

Im Jahre 1966 wurden den Depotrechnungen

gutgeschrieben Fr. 1 795 062 982. 32

belastet Fr. 1 798 698 405. 90

Gesamtumsatz Fr. 3 593 761 388. 22

Überschuss der Belastungen Fr. 3 635 423. 58

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1966 Fr. 15 340 828. 32

ZAHLUNGSVERKEHR MIT DEM AUSLAND
 AUF GRUND VON ZAHLUNGS- UND CLEARINGABKOMMEN

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1965 Guthaben Dritter auf im Betrage von Fr. 20 876 287. 81

Im Jahre 1966 wurden diesen Rechnungen

gutgeschrieben	Fr. 1 666 561 686. 66
belastet	Fr. 1 664 160 470. 53
Gesamtumsatz	Fr. 3 330 722 157. 19

Überschuss der Gutschriften Fr. 2 401 216. 13

Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1966 Fr. 23 277 503. 94

VERBINDLICHKEITEN AUF ZEIT

Bestand am 31. Dezember 1965 Fr. 602 000 000. —

Zu Beginn des Jahres 1966 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen Fr. 23 000 000. —

Fr. 625 000 000. —

Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken über Jahresende wurden dem Konto belastet Fr. 235 950 000. —

Bestand am 31. Dezember 1966 Fr. 389 050 000. —

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 und 4. August 1964 erfolgten Plazierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

PFLICHTDEPOTS GEMÄSS BUNDESBESCHLUSS VOM 13. MÄRZ 1964

Bestand am 31. Dezember 1965 Fr. 19 938 860. 95

Im Jahre 1966 wurden diesem Konto

gutgeschrieben	Fr. 20 898 855. 45
	Fr. 40 837 716. 40
belastet	Fr. 38 547 716. 40

Bestand am 31. Dezember 1966 Fr. 2 290 000. —

AUSSTEHENDE CHECKS

Am 31. Dezember 1965 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	132 Checks für	Fr. 996 853. 38
Im Jahre 1966 wurden dem Konto gutgeschrieben	7 971 Checks für	Fr. 538 910 858. 09
	8 103 Checks für	Fr. 539 907 711. 47
Im Jahre 1966 wurden dem Konto belastet	7 969 Checks für	Fr. 539 130 607. 89
Am 31. Dezember 1966 waren ausstehend	134 Checks für	Fr. 777 103. 58

EIGENE GELDER

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000. —, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500. —, auf welche 50 % = Fr. 250. — einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1 292 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1966 wie folgt verteilt:

2 103 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 340 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1 224 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
623 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
343 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
168 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
51 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
21 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
14 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
5 887 Privataktionäre mit zusammen	41 852 Aktien
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 733 Aktien
28 Kantonalkassen mit zusammen	16 896 Aktien
50 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen . . .	2 519 Aktien
5 989 Aktionäre mit zusammen	100 000 Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,15 % im Besitz von Kantonen, Kantonalkassen sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,85 % im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 26. März 1966 erreicht der Reservefonds	Fr. 33 000 000. —
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000. —
aus dem Reingewinn des Jahres 1966 wird sich der Reservefonds erhöhen auf . . .	<u>Fr. 34 000 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR STEUERN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1965	Fr. 636 737. 45
Ihr wurden zur Bezahlung der Wehrsteuer entnommen	Fr. 326 243. 20
Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1966	<u>Fr. 310 494. 25</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR UMBAUTEN IN DEN BANKGEBÄUDEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1965	Fr. 5 768 992. 80
Ihr wurden zur Deckung von Umbaukosten im Bankgebäude in Bern entnommen . . .	Fr. 579 234. 65
Saldo	Fr. 5 189 758. 15
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 1 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 6 189 758. 15</u>

GEWINNVERTEILUNG

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000. — erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1966 auf Fr. 4 343 248. 80 belaufen.

ANTRÄGE

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen :

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1966 genehmigt.

2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.

3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 6 843 248. 80 ist wie folgt zu verwenden :

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000. —
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000. —
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248. 80
	<hr/>
	Fr. 6 843 248. 80

Am Schluss unserer Berichterstattung über das abgelaufene Geschäftsjahr nehmen wir gerne die Gelegenheit wahr, Herrn Bundespräsident R. Bonvin, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, für sein grosses Verständnis und seine der Nationalbank auch im zurückliegenden Jahr gewährte wertvolle Unterstützung den verbindlichen Dank abzustatten. Im weitern danken wir unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 10. Januar 1967.

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank

Der Präsident: *Stopper*

Der Generalsekretär: *Läng*

DER BANKAUSSCHUSS

DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

hat in seiner Sitzung vom 27. Januar 1967 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1966 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

BEANTRAGT

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1966 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1966 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 52 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 27. Januar 1967.

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*
Der Protokollführer: *Flückiger*

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1966, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1966 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 10. Februar 1967.

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission :
E. Gsell
A. von der Weid
H. Villiger

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;

nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 10. Februar 1967;

auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

BESCHLIESST:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1966 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 17. Februar 1967.

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Bonvin*

Der Kanzler: *Ch. Oser*

AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 10. Februar 1967 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1966 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 10. Februar 1967 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 17. Februar 1967 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den neunundfünfzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 52 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 20. Februar 1967.

Mit Hochachtung,
Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*
Ein Mitglied des Direktoriums: *Dr M. Iklé*

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank:
Tabelle I: Bestände am Jahresende.
Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
Tabelle III: Umsätze.
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung:
Schweizerische Nationalbank 1961—1966.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr:
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich
(Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

1966	Aktiven												Sonstige Aktiven
	Goldbestand	Devisen	Kurs-gesicherte Guthaben bei ausländischen Noten-banken	Inlandportefeuille			Lom-bard-vor-schüsse	Aus-ländische Schatzan-weisungen in sFr.	Wertschriften		Korrespondenten		
				Wechsel	Schatzan-weisungen des Bundes	Total			Total	davon deckungs-fähige	im Inland	im Ausland	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Jan. 7.	13 088 415	827 324	428 545	128 133	1 000	129 133	18 375	432 000	92 947	2 306	19 270	17 716	32 728
14.	12 586 343	831 479	428 545	125 668	1 000	126 668	11 024	532 000	95 335	2 306	7 501	17 372	37 992
21.	12 302 919	808 068	428 545	115 911	—	115 911	18 699	532 000	97 976	2 306	4 982	15 948	37 228
31.	11 514 592	804 548	428 545	111 884	—	111 884	11 787	532 000	99 808	2 306	18 703	13 969	38 036
Febr. 7.	11 514 592	803 290	428 545	108 340	—	108 340	10 922	532 000	99 808	2 306	13 489	14 860	43 497
15.	11 514 592	772 533	428 545	105 342	—	105 342	10 825	532 000	99 808	2 306	22 574	17 528	41 857
23.	11 514 592	749 423	428 545	103 223	—	103 223	13 034	532 000	102 077	2 306	20 004	15 108	43 482
28.	11 514 592	752 609	428 545	104 871	—	104 871	19 377	652 000	102 077	2 306	19 080	11 623	46 671
März 7.	11 514 592	749 799	428 545	99 622	—	99 622	24 170	652 000	105 426	2 896	26 739	14 967	43 014
15.	11 514 592	748 201	428 545	103 534	—	103 534	21 882	552 000	108 067	2 896	28 291	23 069	45 113
23.	11 514 592	739 365	428 545	103 725	—	103 725	24 578	532 000	111 017	2 896	18 141	13 573	45 799
31.	11 478 246	748 732	458 545	170 490	78 500	248 990	45 249	632 000	113 732	2 896	49 452	14 434	54 767
April 7.	11 478 246	668 993	428 545	118 107	—	118 107	38 171	532 000	113 732	2 896	13 533	15 154	68 493
15.	11 456 602	672 809	428 545	103 614	—	103 614	31 673	532 000	113 732	2 256	23 924	31 047	82 156
22.	11 456 602	636 007	488 795	100 493	—	100 493	25 606	532 000	116 209	2 256	17 235	15 127	78 949
29.	11 456 602	614 101	488 795	98 670	36 000	134 670	34 216	532 000	120 087	1 665	29 822	14 843	77 309
Mai 6.	11 430 635	608 096	488 795	100 929	—	100 929	38 685	532 000	124 903	1 665	2 273	19 660	77 390
13.	11 400 632	686 295	488 795	99 988	—	99 988	29 621	532 000	129 340	1 665	28 694	13 478	75 974
23.	11 383 483	655 349	488 795	92 264	—	92 264	30 735	432 000	133 875	1 665	18 895	14 657	76 682
31.	11 383 483	1 034 523	488 795	89 203	39 500	128 703	50 946	432 000	138 562	1 758	37 219	12 541	80 366
Juni 7.	11 383 483	1 047 525	488 795	87 345	—	87 345	39 423	432 000	143 500	1 758	25 852	29 577	72 038
15.	11 311 192	1 121 050	488 795	92 238	—	92 238	32 197	432 000	148 391	1 758	34 020	32 329	71 650
23.	11 286 207	1 113 763	488 795	98 914	500	99 414	41 089	432 000	153 153	1 758	29 230	28 151	68 385
30.	11 459 315	1 474 167	488 795	99 393	500	99 893	56 138	432 000	158 129	1 758	62 406	12 398	68 434
Juli 7.	11 274 669	1 338 484	488 795	100 693	—	100 693	52 966	432 000	158 129	1 758	20 051	31 776	72 938
15.	11 505 105	957 415	488 795	100 353	—	100 353	33 013	432 000	161 179	1 758	33 493	13 478	71 420
22.	11 505 105	1 237 534	518 920	99 078	—	99 078	26 963	432 000	161 179	1 758	16 385	13 375	72 794
29.	11 613 013	1 136 565	518 920	100 156	—	100 156	24 467	432 000	164 294	1 758	28 496	12 025	73 965
Aug. 5.	11 604 221	1 135 294	518 920	97 175	—	97 175	22 090	432 000	164 294	1 758	21 259	15 678	74 685
15.	11 604 221	1 139 534	518 920	93 329	—	93 329	14 357	432 000	164 294	1 758	18 829	14 372	75 610
23.	11 604 221	1 138 536	518 920	104 152	—	104 152	20 063	432 000	166 868	1 758	20 540	12 917	74 669
31.	11 604 221	1 141 016	518 920	98 625	—	98 625	20 252	432 000	166 868	1 758	30 713	11 221	77 325
Sept. 7.	11 600 866	1 126 892	518 920	96 707	—	96 707	17 584	432 000	166 868	1 758	16 740	30 938	77 713
15.	11 600 866	1 112 182	518 920	94 494	—	94 494	21 078	432 000	166 868	1 758	28 545	31 338	79 761
23.	11 600 866	1 073 585	518 920	95 970	—	95 970	24 527	432 000	170 091	1 758	19 082	17 341	76 330
30.	11 600 866	1 059 527	518 920	103 031	30 000	133 031	44 120	432 000	170 091	1 758	37 454	14 355	76 509
Okt. 7.	11 598 373	1 051 646	518 920	103 073	—	103 073	35 075	432 000	170 091	1 758	15 354	16 916	86 061
14.	11 598 373	997 240	518 920	104 123	—	104 123	22 165	432 000	170 091	1 758	21 747	16 741	85 803
21.	11 598 373	867 612	518 920	98 764	—	98 764	24 765	432 000	170 091	1 758	9 711	15 247	87 269
31.	11 598 373	851 612	518 920	98 188	—	98 188	29 243	432 000	172 922	1 758	32 132	17 424	89 380
Nov. 7.	11 592 330	839 223	518 920	101 436	—	101 436	38 463	432 000	175 800	1 758	26 964	14 239	88 892
15.	11 592 330	821 513	518 920	93 767	—	93 767	26 529	432 000	175 800	1 758	35 904	16 785	93 802
23.	11 592 330	798 529	518 920	95 094	—	95 094	21 814	432 000	175 800	1 758	27 007	25 937	91 835
30.	11 592 330	1 072 276	518 920	107 417	6 000	113 417	48 488	432 000	178 840	1 758	42 948	23 659	94 150
Dez. 7.	11 674 447	1 277 323	518 920	110 381	6 000	116 381	66 919	432 000	178 840	1 758	30 224	30 229	90 657
15.	11 937 804	1 343 060	518 920	120 721	6 000	126 721	67 091	432 000	181 748	1 758	40 577	20 506	89 147
23.	11 962 805	1 957 258	518 920	125 687	6 000	131 687	77 222	432 000	181 748	1 758	41 325	15 435	93 446
30.	12 297 388	2 060 340	518 920	141 092	16 750	157 842	109 344	432 000	181 748	1 758	81 500	15 414	42 780

VERÖFFENTLICHTEN AUSWEISE

Passiven										Deckung	
Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	Sonstige Passiven	Bilanzsumme	des Notenumlaufs	des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten	Total							
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
57 000	9 577 643	3 107 803	372 345	3 480 148	1 035 000	625 000	19 945	291 717	15 086 453	136.66	100.24
57 000	9 303 516	3 197 180	141 528	3 338 708	1 035 000	625 000	20 372	294 663	14 674 259	135.29	99.56
57 000	9 250 783	2 928 835	151 616	3 080 451	1 035 000	625 000	17 844	296 198	14 362 276	132.99	99.77
57 000	9 403 337	1 918 286	223 788	2 142 074	1 035 000	605 000	19 132	312 329	13 573 872	122.45	99.73
57 000	9 155 539	2 039 723	341 036	2 380 759	1 035 000	625 000	17 749	298 296	13 569 343	125.77	99.81
57 000	8 984 586	2 319 268	208 178	2 527 446	1 035 000	625 000	17 826	298 746	13 545 604	128.16	100.02
57 000	9 190 382	2 164 044	127 548	2 291 592	1 035 000	625 000	21 132	301 382	13 521 488	125.29	100.28
57 000	9 534 921	1 920 626	155 483	2 076 109	1 035 000	625 000	21 132	302 283	13 651 445	120.76	99.17
57 000	9 334 933	1 962 690	317 054	2 279 744	1 035 000	625 000	21 132	306 065	13 658 874	123.35	99.14
57 000	9 190 771	2 149 948	185 973	2 335 921	1 035 000	625 000	21 257	308 345	13 573 294	125.28	99.90
57 000	9 305 179	2 015 196	156 568	2 171 764	1 035 000	625 000	28 255	309 137	13 531 335	123.74	100.33
58 000	9 630 398	2 058 958	350 234	2 409 192	1 035 000	375 000	28 255	308 302	13 844 147	119.19	95.34
58 000	9 474 152	1 687 187	327 537	2 014 724	1 035 000	555 000	28 272	309 826	13 474 974	121.15	99.91
58 000	9 282 626	1 726 780	422 426	2 149 206	1 035 000	625 000	11 132	315 138	13 476 102	123.42	100.22
58 000	9 388 004	1 749 426	284 506	2 033 932	1 035 000	625 000	10 930	316 157	13 467 023	122.03	100.30
58 000	9 656 257	1 691 506	227 866	1 919 372	1 035 000	506 000	10 956	316 860	13 502 445	118.64	98.97
58 000	9 413 765	1 641 976	409 856	2 051 832	1 035 000	536 000	10 638	318 131	13 423 366	121.42	99.69
58 000	9 266 219	1 782 723	390 468	2 173 191	1 035 000	625 000	10 787	316 620	13 484 817	123.03	99.66
58 000	9 336 445	1 672 389	275 530	1 947 919	1 035 000	625 000	4 397	319 974	13 326 735	121.93	100.88
58 000	9 688 023	1 850 430	262 543	2 112 973	1 035 000	565 000	4 397	323 745	13 787 138	117.50	96.46
58 000	9 406 079	1 893 821	401 185	2 295 006	1 035 000	625 000	4 436	326 017	13 749 538	121.02	97.29
58 000	9 265 035	2 169 346	279 210	2 448 556	1 035 000	625 000	4 135	328 136	13 763 862	122.08	96.56
58 000	9 508 843	1 951 422	230 336	2 181 758	1 035 000	625 000	1 726	329 860	13 740 187	118.69	96.54
58 000	9 770 610	2 352 381	353 290	2 705 671	1 035 000	412 000	1 729	328 665	14 311 675	117.28	91.85
58 000	9 625 053	1 770 776	513 714	2 284 490	1 035 000	625 000	1 656	341 302	13 970 501	117.14	94.67
58 000	9 532 998	1 824 062	378 495	2 202 557	1 035 000	625 000	3 568	339 128	13 796 251	120.69	98.04
58 000	9 700 493	1 992 495	329 324	2 321 819	1 035 000	625 000	2 696	340 325	14 083 333	118.60	95.70
58 000	9 789 003	1 821 003	433 826	2 254 829	1 035 000	625 000	2 696	339 373	14 103 901	118.63	96.42
58 000	9 556 797	1 910 255	557 151	2 467 406	1 035 000	625 000	2 710	340 703	14 085 616	121.42	96.70
58 000	9 380 740	2 079 068	553 822	2 632 890	1 035 000	625 000	2 719	341 117	14 075 466	123.70	96.59
58 000	9 431 347	2 095 391	500 366	2 595 757	1 035 000	625 000	2 835	344 947	14 092 886	123.04	96.48
58 000	9 707 948	1 794 448	534 585	2 329 033	1 035 000	625 000	2 835	343 345	14 101 161	119.53	96.40
58 000	9 530 814	1 901 036	583 250	2 484 286	1 035 000	625 000	2 848	349 280	14 085 228	121.72	96.55
58 000	9 412 337	2 176 769	428 627	2 605 396	1 035 000	625 000	1 453	348 866	14 086 052	123.25	96.53
58 000	9 682 284	1 962 581	314 522	2 277 103	1 035 000	625 000	1 471	349 854	14 028 712	119.82	97.00
58 000	9 860 603	2 112 846	256 296	2 369 142	1 035 000	405 150	1 471	357 507	14 086 873	117.65	94.86
58 000	9 620 888	1 978 266	349 315	2 327 581	1 035 000	625 000	1 472	359 568	14 027 509	120.55	97.07
58 000	9 485 536	2 071 196	329 088	2 400 284	1 035 000	625 000	1 562	361 821	13 967 203	122.27	97.58
58 000	9 550 012	1 940 443	248 528	2 188 971	1 035 000	625 000	1 506	364 263	13 822 752	121.45	98.80
58 000	9 887 520	1 734 751	329 914	2 064 665	1 035 000	426 000	1 506	367 503	13 840 194	117.30	97.04
58 000	9 652 848	1 465 177	620 972	2 086 149	1 035 000	625 000	1 506	369 764	13 828 267	120.09	98.75
58 000	9 513 648	1 599 368	605 430	2 204 798	1 035 000	625 000	1 095	369 809	13 807 350	121.85	98.92
58 000	9 707 989	1 508 040	473 155	1 981 195	1 035 000	625 000	1 079	371 003	13 779 266	119.41	99.17
58 000	10 120 553	1 566 400	477 327	2 043 727	1 035 000	485 000	1 079	373 669	14 117 028	114.54	95.30
58 000	10 140 014	1 672 041	575 684	2 247 725	1 035 000	555 000	1 079	379 122	14 415 940	115.13	94.24
58 000	10 393 007	1 880 550	451 824	2 332 374	1 035 000	555 000	2 266	381 927	14 757 574	114.86	93.81
58 000	10 867 695	2 073 544	436 429	2 509 973	1 035 000	555 000	2 321	383 857	15 411 846	110.08	89.42
58 000	10 651 053	2 982 221	448 236	3 430 457	1 035 000	389 050	2 290	331 426	15 897 276	115.46	87.33

GLIEDERUNG DES NOTENUMLAUFS NACH ABSCHNITTEN

1966	Abschnitte zu Franken							Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5		1000	500	100	50	20	10	5	
	In Millionen Franken								Prozentuale Verteilung							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Januar	7.	2 788,7	1 227,9	4 209,3	615,7	495,1	230,9	10,0	9 577,6	29.12	12.82	43.95	6.43	5.17	2.41	0.10
	14.	2 721,7	1 181,7	4 076,6	601,2	485,5	226,8	10,0	9 303,5	29.25	12.70	43.82	6.46	5.22	2.44	0.11
	21.	2 691,8	1 206,2	4 047,5	592,4	478,9	224,0	10,0	9 250,8	29.10	13.04	43.75	6.40	5.18	2.42	0.11
	31.	2 695,9	1 239,9	4 160,2	594,6	478,7	224,0	10,0	9 403,3	28.67	13.19	44.24	6.32	5.09	2.38	0.11
Februar	7.	2 635,3	1 167,5	4 050,3	591,9	477,3	223,2	10,0	9 155,5	28.78	12.75	44.24	6.47	5.21	2.44	0.11
	15.	2 607,4	1 138,1	3 952,5	583,8	472,1	220,8	9,9	8 984,6	29.02	12.67	43.99	6.50	5.25	2.46	0.11
	23.	2 638,4	1 201,8	4 060,3	586,3	472,8	220,9	9,9	9 190,4	28.71	13.08	44.18	6.38	5.14	2.40	0.11
	28.	2 673,8	1 273,9	4 275,1	599,5	479,5	223,2	9,9	9 534,9	28.04	13.36	44.84	6.29	5.03	2.34	0.10
März	7.	2 627,4	1 191,0	4 194,4	603,4	483,6	225,2	9,9	9 334,9	28.15	12.76	44.93	6.46	5.18	2.41	0.11
	15.	2 627,5	1 164,2	4 087,2	598,0	480,3	223,7	9,9	9 190,8	28.59	12.67	44.47	6.50	5.23	2.43	0.11
	23.	2 632,3	1 216,7	4 144,1	597,7	480,2	224,3	9,9	9 305,2	28.29	13.08	44.53	6.42	5.16	2.41	0.11
	31.	2 710,0	1 264,8	4 322,4	609,4	487,4	226,5	9,9	9 630,4	28.14	13.14	44.88	6.33	5.06	2.35	0.10
April	7.	2 661,7	1 205,8	4 266,7	611,9	490,4	227,8	9,9	9 474,2	28.09	12.73	45.04	6.46	5.18	2.40	0.10
	15.	2 630,2	1 180,0	4 150,9	600,8	484,3	226,5	9,9	9 282,6	28.33	12.71	44.72	6.47	5.22	2.44	0.11
	22.	2 633,5	1 237,0	4 200,4	599,1	482,3	225,8	9,9	9 388,0	28.05	13.18	44.74	6.38	5.14	2.40	0.11
	29.	2 667,0	1 288,0	4 367,3	608,3	487,7	228,1	9,9	9 656,3	27.62	13.34	45.23	6.30	5.05	2.36	0.10
Mai	6.	2 613,9	1 212,6	4 255,0	606,5	487,8	228,1	9,9	9 413,8	27.77	12.88	45.20	6.44	5.18	2.42	0.11
	13.	2 597,5	1 184,8	4 163,1	600,2	484,1	226,6	9,9	9 266,2	28.03	12.79	44.93	6.48	5.22	2.44	0.11
	23.	2 602,5	1 225,0	4 189,5	599,2	483,8	226,5	9,9	9 336,4	27.87	13.12	44.87	6.42	5.18	2.43	0.11
	31.	2 638,5	1 303,0	4 402,3	613,2	491,1	230,0	9,9	9 688,0	27.24	13.45	45.44	6.33	5.07	2.37	0.10
Juni	7.	2 570,9	1 218,3	4 271,5	612,2	491,9	231,4	9,9	9 406,1	27.33	12.95	45.41	6.51	5.23	2.46	0.11
	15.	2 575,4	1 192,9	4 164,1	604,8	487,7	230,2	9,9	9 265,0	27.80	12.88	44.94	6.52	5.26	2.48	0.11
	23.	2 594,7	1 276,0	4 290,7	614,0	491,1	232,4	9,9	9 508,8	27.29	13.42	45.12	6.46	5.17	2.44	0.10
	30.	2 661,1	1 310,1	4 432,7	624,0	497,2	235,6	9,9	9 770,6	27.23	13.41	45.37	6.39	5.09	2.41	0.10
Juli	7.	2 618,1	1 239,8	4 386,0	630,0	502,8	238,6	9,8	9 625,1	27.20	12.88	45.57	6.55	5.22	2.48	0.10
	15.	2 603,0	1 227,6	4 327,1	627,5	499,9	238,1	9,8	9 533,0	27.31	12.88	45.39	6.58	5.24	2.50	0.10
	22.	2 601,3	1 297,1	4 416,2	633,3	503,2	239,6	9,8	9 700,5	26.82	13.37	45.52	6.53	5.19	2.47	0.10
	29.	2 605,7	1 315,6	4 473,0	638,9	504,9	241,1	9,8	9 789,0	26.62	13.44	45.69	6.53	5.16	2.46	0.10
August	5.	2 550,7	1 249,3	4 361,4	638,7	505,6	241,3	9,8	9 556,8	26.69	13.07	45.64	6.68	5.29	2.53	0.10
	15.	2 532,1	1 213,0	4 254,1	631,6	501,0	239,1	9,8	9 380,7	26.99	12.93	45.35	6.74	5.34	2.55	0.10
	23.	2 550,5	1 252,6	4 253,6	628,9	498,6	237,3	9,8	9 431,3	27.04	13.28	45.10	6.67	5.29	2.52	0.10
	31.	2 602,7	1 310,2	4 406,1	637,1	503,0	239,0	9,8	9 707,9	26.81	13.50	45.39	6.56	5.18	2.46	0.10
September	7.	2 578,3	1 245,9	4 320,5	634,4	503,5	238,4	9,8	9 530,8	27.06	13.07	45.33	6.66	5.28	2.50	0.10
	15.	2 576,0	1 228,9	4 237,5	626,1	497,9	236,1	9,8	9 412,3	27.37	13.06	45.02	6.65	5.29	2.51	0.10
	23.	2 611,2	1 324,2	4 375,2	627,5	498,5	235,9	9,8	9 682,3	26.97	13.68	45.19	6.48	5.15	2.43	0.10
	30.	2 649,8	1 341,7	4 486,5	634,0	501,7	237,1	9,8	9 860,6	26.87	13.61	45.50	6.43	5.09	2.40	0.10
Oktober	7.	2 599,7	1 261,7	4 381,3	630,4	501,5	236,6	9,7	9 620,9	27.02	13.12	45.54	6.55	5.21	2.46	0.10
	14.	2 589,7	1 238,6	4 296,5	620,4	496,5	234,1	9,7	9 485,5	27.30	13.06	45.30	6.54	5.23	2.47	0.10
	21.	2 609,7	1 275,1	4 314,9	615,3	493,0	232,3	9,7	9 550,0	27.33	13.35	45.18	6.45	5.16	2.43	0.10
	31.	2 648,9	1 354,0	4 513,9	626,4	499,7	234,9	9,7	9 887,5	26.79	13.69	45.65	6.34	5.05	2.38	0.10
November	7.	2 603,9	1 280,6	4 402,0	622,0	500,0	234,6	9,7	9 652,8	26.98	13.27	45.60	6.44	5.18	2.43	0.10
	15.	2 617,3	1 264,2	4 282,1	613,3	494,6	232,4	9,7	9 513,6	27.51	13.29	45.01	6.45	5.20	2.44	0.10
	23.	2 662,5	1 357,5	4 340,3	611,8	494,1	232,1	9,7	9 708,0	27.43	13.98	44.71	6.30	5.09	2.39	0.10
	30.	2 740,7	1 432,9	4 566,5	628,4	505,2	237,2	9,7	10 120,6	27.08	14.16	45.12	6.21	4.99	2.34	0.10
Dezember	7.	2 760,5	1 401,7	4 572,9	639,6	514,2	241,4	9,7	10 140,0	27.22	13.82	45.10	6.31	5.07	2.38	0.10
	15.	2 876,9	1 470,9	4 628,3	645,7	518,4	243,1	9,7	10 393,0	27.68	14.15	44.53	6.21	4.99	2.34	0.10
	23.	3 032,5	1 580,0	4 811,8	660,4	526,1	247,2	9,7	10 867,7	27.90	14.54	44.28	6.08	4.84	2.27	0.09
	30.	3 079,3	1 506,1	4 644,0	647,9	519,0	245,1	9,7	10 651,1	28.91	14.14	43.60	6.09	4.87	2.30	0.09
Jahresdurchschnitt	1964	2 471,1	997,1	3 891,3	592,4	466,2	209,8	10,7	8 638,6	28.60	11.54	45.05	6.86	5.40	2.43	0.12
	1965	2 583,0	1 134,6	4 149,1	600,5	479,9	221,8	10,2	9 179,1	28.14	12.36	45.20	6.54	5.23	2.42	0.11
	1966	2 648,8	1 267,8	4 299,3	615,8	493,1	231,9	9,8	9 566,5	27.69	13.25	44.94	6.44	5.16	2.42	0.10

GIROVERKEHR

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹⁾	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹⁾	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gutschriften	1962	20 958	95 579	1 431 353	80 102	1 627 992	1 115 475	30 825 917	199 178 430	23 052 736	254 172 558
	1963	20 278	94 661	1 551 009	76 295	1 742 243	1 205 635	37 602 134	238 203 998	23 599 551	300 611 318
	1964	18 721	89 611	1 630 671	84 818	1 823 821	1 326 285	40 022 441	239 793 901	33 393 649	314 536 276
	1965	18 539	87 645	1 755 418	83 676	1 945 278	1 412 532	39 254 638	309 479 628	41 215 644	391 362 442
	1966	18 684	89 770	1 942 803	83 347	2 134 604	1 488 949	39 436 745	417 296 432	48 460 423	506 682 549
Belastungen	1962	30 348	93 359	1 431 353	92 989	1 648 049	11 831 491	20 048 484	199 178 430	22 949 640	254 008 045
	1963	30 760	87 324	1 551 009	93 111	1 762 204	12 701 635	25 745 737	238 203 998	23 620 337	300 271 707
	1964	31 581	85 236	1 630 671	100 001	1 847 489	14 009 715	26 497 011	239 793 901	34 033 975	314 334 602
	1965	31 477	83 876	1 755 418	98 634	1 969 405	14 435 531	25 216 140	309 479 628	42 115 337	391 246 636
	1966	32 081	85 886	1 942 803	96 429	2 157 199	15 494 030	25 074 101	417 296 432	48 850 657	506 715 220
Total	1962	51 306	188 938	2 862 706	173 091	3 276 041	12 946 966	50 874 401	398 356 860	46 002 376	508 180 603
	1963	51 038	181 985	3 102 018	169 406	3 504 447	13 907 270	63 347 871	476 407 996	47 219 888	600 883 025
	1964	50 302	174 847	3 261 342	184 819	3 671 310	15 336 000	66 519 452	479 587 802	67 427 624	628 870 878
	1965	50 016	171 521	3 510 836	182 310	3 914 683	15 848 063	64 470 778	618 959 256	83 330 981	782 609 078
	1966	50 765	175 656	3 885 606	179 776	4 291 803	16 982 979	64 510 846	834 592 864	97 311 080	1013397769
Prozentuale Verteilung											
Gutschriften	1962	1.29	5.87	87.92	4.92	100	0.44	12.13	78.36	9.07	100
	1963	1.17	5.43	89.02	4.38	100	0.40	12.51	79.24	7.85	100
	1964	1.03	4.91	89.41	4.65	100	0.42	12.72	76.24	10.62	100
	1965	0.95	4.51	90.24	4.30	100	0.36	10.03	79.08	10.53	100
	1966	0.87	4.21	91.01	3.91	100	0.29	7.78	82.36	9.57	100
Belastungen	1962	1.84	5.67	86.85	5.64	100	4.66	7.89	78.41	9.04	100
	1963	1.75	4.95	88.02	5.28	100	4.23	8.57	79.33	7.87	100
	1964	1.71	4.61	88.27	5.41	100	4.45	8.43	76.29	10.83	100
	1965	1.60	4.26	89.13	5.01	100	3.69	6.44	79.10	10.77	100
	1966	1.49	3.98	90.06	4.47	100	3.06	4.95	82.35	9.64	100
Total	1962	1.57	5.77	87.38	5.28	100	2.55	10.01	78.39	9.05	100
	1963	1.46	5.19	88.52	4.83	100	2.32	10.54	79.28	7.86	100
	1964	1.37	4.76	88.83	5.04	100	2.44	10.58	76.26	10.72	100
	1965	1.28	4.38	89.68	4.66	100	2.02	8.24	79.09	10.65	100
	1966	1.18	4.09	90.54	4.19	100	1.67	6.37	82.36	9.60	100

¹⁾ Mit Einschluss des Bankenclearing.

GESCHÄFTSVERKEHR DER

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
	In 1000 Franken										
	Kassenumsatz										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1962	1 192 070	3 354 295	12 989 118 ¹⁾	3 219 911	3 366 578	1 337 212	1 313 232	894 019	2 021 531	8 804 045	38 492 011 ¹⁾
1963	1 267 796	3 487 487	15 963 864 ¹⁾	3 397 180	3 518 004	1 556 723	1 411 739	964 556	2 197 599	9 931 398	43 696 346 ¹⁾
1964	1 393 643	3 774 964	17 518 091 ¹⁾	3 897 199	4 187 699	1 662 319	1 525 309	1 032 367	2 292 324	11 100 396	48 384 311 ¹⁾
1965	1 447 146	3 955 326	16 386 525 ¹⁾	3 929 163	3 957 380	1 746 834	1 603 509	1 114 522	2 423 873	11 365 508	47 929 786 ¹⁾
1966	1 687 043	4 330 273	18 145 147 ¹⁾	4 256 644	4 115 651	1 757 022	1 744 751	1 320 115	2 646 270	11 959 946	51 962 862 ¹⁾
Devisenverkehr											
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	51 924 537	51 924 537
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52 243 448	52 243 448
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 793 962	47 793 962
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53 340 548	53 340 548
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 396 096	47 396 096
Diskontierungen von Schweizerwechsln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1962	6 826	3 705	278 989	14 264	17 236	2 775	59 273	18 088	39 425	121 901	562 482
1963	12 904	18 214	86 431	15 094	13 553	3 795	63 542	22 281	46 219	132 978	415 011
1964	22 517	33 470	117 029	16 508	15 884	3 865	83 800	24 413	46 280	343 673	707 439
1965	19 065	30 561	91 566	11 281	18 285	4 396	85 818	24 345	56 169	409 049	750 535
1966	22 193	38 074	92 608	16 678	31 179	5 460	91 553	26 050	52 667	432 252	808 714
Neue Lombardvorschüsse											
1962	15 290	9 886	152 869	26 897	47 775	8 554	58 837	4 585	61 756	26 143	412 592
1963	30 815	8 208	198 840	30 865	74 439	6 527	53 715	22 969	93 446	14 798	534 622
1964	26 001	9 047	234 582	51 467	60 498	5 663	118 359	18 144	99 137	21 080	643 978
1965	15 574	12 294	184 869	34 363	51 636	1 564	98 400	32 567	131 163	20 113	582 543
1966	29 692	23 366	275 229	70 096	71 304	7 614	155 205	38 797	169 274	78 208	918 785
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14 348 652	14 348 652
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15 746 124	15 746 124
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17 333 525	17 333 525
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 429 813	18 429 813
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 678 154	19 678 154
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 492 386	22 492 386
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 920 027	3 920 027
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 593 576	8 593 576
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 440 573	5 440 573
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 272 003	5 272 003

¹⁾ Einschliesslich Gold im Ausland.

EINZELNEN BANKSTELLEN ²⁾

	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
Jahr	In 1000 Franken										
	Inkassoverkehr (Einreichungen)										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1962	1 975	13 396	470 957	28 344	14 083	68	7 319	7 211	3 476	110 013	656 842
1963	2 345	9 944	595 909	21 735	15 724	113	8 412	6 609	2 066	156 352	819 209
1964	1 468	11 287	715 327	33 271	17 174	120	8 728	6 548	3 518	99 747	897 188
1965	1 137	31 392	798 009	24 669	18 444	54	8 715	10 094	3 101	89 848	985 463
1966	1 740	17 293	911 757	18 528	24 766	31	8 497	9 687	2 073	85 738	1 080 110
Giroverkehr											
1962	2 519 207	25 880 174	14 549 871	20 270 430	7 697 792	2 227 051	2 860 123	1 886 228	4 819 617	425 470 110	508 180 603
1963	2 842 246	25 799 172	15 514 674	20 565 763	7 667 148	2 165 607	3 017 670	2 015 568	5 145 104	516 150 073	600 883 025
1964	3 182 911	25 603 742	15 702 320	22 232 209	8 527 612	1 945 245	3 567 694	2 092 876	5 721 136	540 295 133	628 870 878
1965	3 351 165	31 087 674	17 346 015	23 282 154	8 813 149	2 057 548	3 610 835	2 428 715	6 064 227	684 567 596	782 609 078
1966	3 407 863	38 829 405	19 730 183	21 959 414	9 839 275	2 163 506	4 288 043	2 601 002	6 723 230	903 855 847	1 013 397 768
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1962	—	—	58 630 922	—	—	—	—	—	—	—	58 630 922
1963	—	—	62 531 666	—	—	—	—	—	—	—	62 531 666
1964	—	—	67 257 281	—	—	—	—	—	—	—	67 257 281
1965	—	—	71 030 049	—	—	—	—	—	—	—	71 030 049
1966	—	—	78 449 841	—	—	—	—	—	—	—	78 449 841
Verkehr mit Deponenten											
1962	4 799	13 116	60 590	23 556	20 099	3 641	5 122	10 075	5 869	1 295 320	1 442 187
1963	4 279	14 982	71 076	22 139	9 258	3 658	6 233	9 881	3 983	2 486 939	2 632 428
1964	5 985	37 949	82 289	23 851	8 962	5 432	8 321	7 971	5 786	576 023	762 569
1965	6 266	21 688	103 310	27 086	7 075	4 544	6 746	9 003	5 068	669 191	859 977
1966	6 976	25 660	81 781	25 658	7 385	4 579	7 443	10 732	3 508	3 420 039	3 593 761
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1962	8 583 945	49 466 479	188 620 767	34 983 019	22 293 500	7 153 282	9 639 245	5 953 226	16 421 554	614 610 036	957 725 053
1963	9 628 514	51 462 857	205 298 839	35 679 366	23 083 781	7 539 637	10 613 625	6 261 874	17 740 551	698 679 344	1 065 988 388
1964	11 199 806	52 691 471	223 843 205	39 084 892	26 602 778	7 464 233	12 216 298	6 630 124	19 785 813	732 211 261	1 131 729 881
1965	11 792 825	63 206 879	236 299 312	40 779 219	26 210 181	7 743 606	13 016 416	7 592 592	21 368 598	903 100 234	1 331 109 862
1966	12 540 489	77 620 186	261 385 995	40 804 795	29 431 966	8 160 323	15 012 798	8 225 913	23 184 512	1 131 839 679	1 608 206 656
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1962	—	3 277 282	337 340	4 051 252	804 640	—	—	64 930 ³⁾	93 778	1 481 038	10 110 260
1963	—	2 824 012	355 255	3 915 794	750 230	—	—	75 611 ³⁾	93 053	1 638 001	9 651 956
1964	—	3 131 453	374 441	3 889 284	804 049	—	—	73 052 ³⁾	101 405	1 827 361	10 201 045
1965	—	3 236 475	398 446	3 940 764	778 817	—	—	69 937 ³⁾	102 204	1 839 914	10 366 557
1966	—	4 965 513	485 803	3 837 990	818 351	—	—	85 201 ³⁾	105 065	1 935 620	12 233 543

²⁾ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

³⁾ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisungen ³⁾	Diskon- tierte Obli- gationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,9	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 261,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921 : 1 kg Feingold = Fr. 3440 ; vom 11. November 1921 an : 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel ; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Metallbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				Girorech-nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total		
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken						
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

⁴⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in sFr.	Eigene Wertchriften	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskonzierte Obligationen	Total					im Inland	im Ausland
In Millionen Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1941	2 878,5	679,0	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	—	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	—	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	—	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	—	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	—	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	—	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	—	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	—	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	—	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	—	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	—	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	—	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	—	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	—	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	—	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	—	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	—	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	—	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	—	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	—	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	—	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	207,0	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	207,0	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	432,0	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	432,0	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	432,0	181,7	81,5	15,4

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	Bilanzsumme	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearing-abkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total					
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	—	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	—	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	—	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	—	12 206,6	1961
8 506,1	135.71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	—	12 994,7	1962
9 035,4	135.07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	—	13 910,2	1963
9 721,8	121.31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	433,2	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131.08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	602,0	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115.46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	389,0	2,3	15 922,3	1966

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³⁾	Schatz- anwei- sungen ⁴⁾	Diskontierte Obligationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.
⁴⁾ Vor 1932 nicht berechnet.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korrespondenten im Inland ^{b)}	Noten-umlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				Girorechnun-gen von Ban-ken, Handel, u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total	
				In Millionen Franken					
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken					
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66.08	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

^{b)} 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

JAHRES DURCHSCHNITTE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total			
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴⁾	1950
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵⁾	1960
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶⁾	3 198,4	1 035,0 ⁷⁾	397,8	1961
7 358,9	144.23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134.37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128.27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127.16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121.48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.⁶⁾ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.⁴⁾ Durchschnitt Januar bis Juli.⁷⁾ Durchschnitt Ende März bis Dezember.⁵⁾ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz	Devisen- verkehr 1)	Diskontierungen						Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse		
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen 2)	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tag	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0

1) 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland (Kol. 12) inbegriffen.

2) Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ³⁾	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Auf die Bank ausgestellt Checks und General- mandate ⁴⁾	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrech- nungsstellen)	Umsatz der Abrech- nungs- stellen	Jahr
In Millionen Franken										
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

³⁾ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten, ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁴⁾ Bis 1924 nur Generalmandate.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz ¹⁾	Devisen- verkehr	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen ²⁾	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³⁾	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴⁾	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴⁾	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴⁾	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴⁾	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴⁾	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴⁾	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴⁾	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴⁾	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴⁾	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3

¹⁾ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.
⁴⁾ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks und General- mandate	Gesamt- umsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Ab- rechnungs- stellen)	Umsatz der Abrechnungs- stellen	Jahr
im Inland	im Ausland										
In Millionen Franken											
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,8	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertpapiere ²⁾	Zinsen von Inland-korrespondenten ³⁾	Kommissionen ⁴⁾	Diverse Nutzen	Zinsen an Depo-nenten ⁵⁾	Bruttoertrag
		davon Diskontoertrag auf											
		Total	Schweizer-wechseln	Schatzanweisungen ¹⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehens-kasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

¹⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.
²⁾ Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
³⁾ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁴⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁵⁾ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Bank- noten- anfertigungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Verluste auf Gold ⁶⁾	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordentliche Zuweisung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Re- serve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab- züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert- schriften und laufenden Ge- schäften, ab- züglich Wieder- eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁷⁾	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷⁾	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁹⁾	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

⁶⁾ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹⁾ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹⁾	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ³⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴⁾	Kommissionen ⁵⁾	Diverse Nutzenposten	Zinsen an Deponenten ⁶⁾	Bruttoertrag
		davon Diskontoertrag auf											
		Total	Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208	189	671	1 468	402	54 920
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964	237	893	1 350	430	68 517

¹⁾ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandskorrespondenten.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
⁴⁾ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁵⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁶⁾ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hierfür	Kosten und Rückstellung für Offenmarktoperationen	Kosten und Rückstellungen für Banknoten-anfertigung	Rückstellungen und Verluste auf Gold, Sterilisierungs-kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die eidg. Staats-kasse	Jahr
					auf Bankgebäuden und Mobilien, abzüglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, abzüg-lich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken												
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140 ¹¹⁾	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451 ¹²⁾	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501 ¹²⁾	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799 ¹²⁾	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷⁾	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷⁾	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸⁾	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁹⁾	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰⁾	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087 ¹²⁾	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362 ¹³⁾	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358 ¹²⁾	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812 ¹²⁾	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ¹⁰⁾	400	—	10 000	7 914 ¹²⁾	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964 ¹²⁾	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513 ¹²⁾	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁹⁾ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

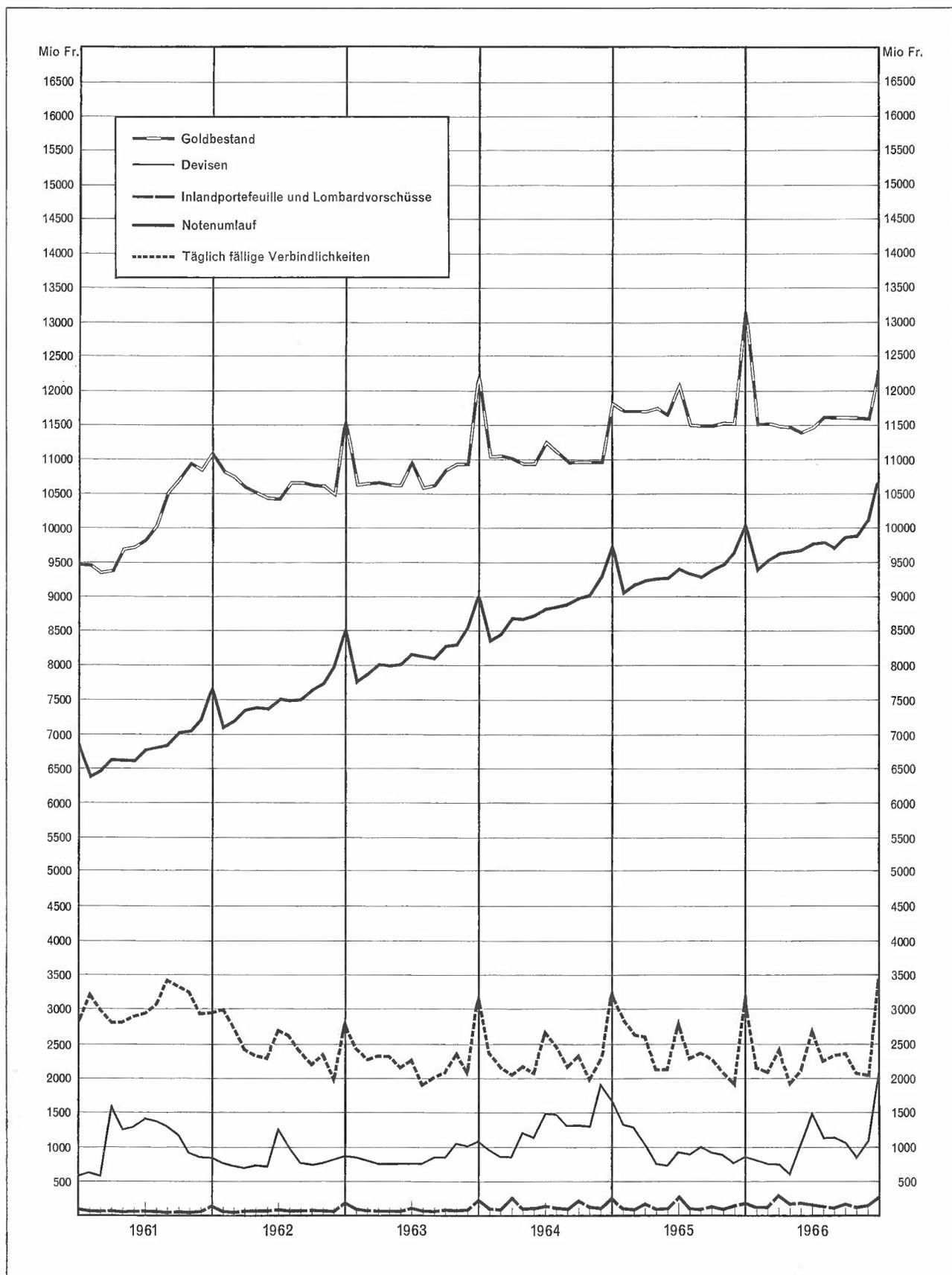
¹⁰⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹¹⁾ Rückstellung für Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹²⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹³⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 4 362 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen Fr. 1 000 000.

BESTÄNDE AM MONATSENDE



LOMBARDZINSFUSS SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1914 10. September	5	113	6	14
15. August	5	84	5½	84	24. September	—	—	5½	99
7. November	5½	70	6	70	1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280
1908 16. Januar	5	7	5½	7	1918 4. Juli	—	—	5½	91
23. Januar	4½	28	5	28	3. Oktober	5½	322	6	917
20. Februar	4	28	4½	28	1919 21. August	5	595	—	—
19. März	3½	322	4	441	1921 7. April	4½	126	5½	126
1909 4. Februar	3	252	—	—	11. August	4	203	5	203
3. Juni	—	—	3½	133	1922 2. März	3½	168	4½	168
14. Oktober	3½	28	4	28	17. August	3	331	4	331
11. November	4	56	4½	56	1923 14. Juli	4	831	5	831
1910 6. Januar	3½	49	4	210	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
24. Februar	3	161	—	—	1930 3. April	3	98	4	98
4. August	3½	49	4½	84	10. Juli	2½	196	3½	196
22. September	4	35	—	—	1931 22. Januar	2	1 562	3	748
27. Oktober	4½	70	5	70	1933 8. Februar	—	—	2½	814
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
16. Februar	3½	224	4	224	1936 9. September	2	78	3	78
28. September	4	350	4½	350	26. November	1½	7 475	2½	7 475
1912 12. September	4½	77	5	77	1957 15. Mai ¹⁾	2½	652	3½	652
28. November	5	259	5½	259	1959 26. Februar ²⁾	2	1 955	3	1 955
1913 14. August	4½	161	5	161	1964 3. Juli ³⁾	2½	732	3½	732
1914 22. Januar	4	28	4½	189	1966 6. Juli ⁴⁾	3½	179 ⁵⁾	4	179 ⁵⁾
19. Februar	3½	161	—	—					
30. Juli	4½	1	5½	1					
31. Juli	5½	3	6	3					
3. August	6	38	7	38					

¹⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

²⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½% (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2% (vom 3. bis 5. Juli 1964).

⁴⁾ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¾% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (seit 1. Oktober 1966); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966).

⁵⁾ Bis 31. Dezember 1966.

ABRECHNUNGSVERKEHR

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1962	14	12	4	13	12	5	8	7	75	20	26
1963	14	12	4	13	12	6	8	7	76	20	26
1964	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1965	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1966	13	12	4	14	12	6	8	7	76	20	27
Zahl der eingereichten Stücke											
1962	66 588	46 507	2 185	253 406	117 754	4 883	10 990	189 445	691 758	—	—
1963	65 970	44 107	2 087	277 102	118 673	5 398	11 349	193 688	718 374	—	—
1964	63 191	47 131	1 904	310 896	122 514	4 797	11 599	207 475	769 507	—	—
1965	64 404	47 205	1 799	312 194	121 744	4 069	12 040	211 814	775 269	—	—
1966	58 822	46 162	1 633	352 454	122 791	4 769	12 190	219 704	818 525	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1962	3 277 282	337 340	28 739	4 051 252	804 640	36 191	93 778	1 481 038	10 110 260	913 511	3 688 554
1963	2 824 012	355 255	30 634	3 915 794	750 230	44 977	93 053	1 638 001	9 651 956	642 451	3 010 573
1964	3 131 453	374 441	32 481	3 889 284	804 049	40 571	101 405	1 827 361	10 201 045	682 880	3 065 277
1965	3 236 475	398 446	32 487	3 940 764	778 817	37 450	102 204	1 839 914	10 366 557	682 369	2 836 113
1966	4 965 513	485 803	30 097	3 837 990	818 351	55 104	105 065	1 935 620	12 233 543	642 286	2 724 075
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozenten)											
1962	55.54	51.34	23.38	55.43	69.51	32.18	45.24	65.00	57.58	64.06	79.31
1963	54.52	48.99	20.20	56.43	69.20	34.80	46.43	63.35	57.45	64.39	77.93
1964	58.63	49.67	22.69	58.03	68.79	31.57	44.30	62.78	59.26	65.68	78.61
1965	56.99	49.40	24.82	54.57	67.20	27.32	47.35	62.26	57.18	64.67	77.96
1966	64.95	44.10	20.57	57.58	64.83	26.74	46.40	63.56	61.14	64.57	76.63

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER BANKBEHÖRDEN UND DER BANKORGANE

AUF 1. JANUAR 1967

I. PRÄSIDIUM DER GENERALVERSAMMLUNG

(Amtsperiode 1963–1967)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident

Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

II. BANKRAT

(Amtsperiode 1963–1967)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) hezeichnet

- | | |
|--|---|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident | * Dr. M. Haffter, Präsident der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld |
| Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident | Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich |
| * J. Ackermann, Direktor der Freiburgerischen Elektrizitätswerke, Freiburg | M. Jaeger, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Lausanne | A. Juillard, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Firma Montres Cortébert, Juillard & Cie S.A., Cortébert |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre | R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg |
| E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie, Genf | Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen |
| J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg | E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf |
| Regierungsrat Dr. W. Bühlmann, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Luzern, Kastanienbaum/Horw | Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel |
| Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully | Nationalrat H. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich |
| Dr. G. Eugster, Präsident des Verbandes Schweiz. Darlehenskassen, Weinfelden | * Ständerat Dr. A. Lusser, Zug |
| * A. Gisling, Direktor der Waadtländischen Kantonalbank, Lausanne | * a. Ständerat Dr. R. Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen |
| * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne | |

- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A. G., Liestal
- * Nationalrat U. Meyer-Boller, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon
- * J. Michaud, Ing. agr., Direktor der «Provins» Fédération des Producteurs de Vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten
- * Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen
- * Ständeratspräsident Dr. W. Rohner, Altstätten
- F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich
- * Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Horgen
- Dr. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri bei Bern
- G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur
- Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Volkswirtschafts-direktor des Kantons Bern, Interlaken
- * Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel
- H. Winzenried, Industrieller, Deisswil
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, Bern
- Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

III. BANKAUSSCHUSS

(Amtsperiode 1963-1967)

- Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident von Amtes wegen
- Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen
- E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie, Genf
- Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident des Verbandes schweizerischer Versicherungsgesellschaften, Pully
- Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen
- Ständerat Dr. A. Lusser, Zug
- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- Ständeratspräsident Dr. W. Rohner, Altstätten
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, Bern

IV. REVISIONSKOMMISSION

(Amtsperiode 1966/1967)

MITGLIEDER

- Dr. E. Gsell, Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bühler, Präsident
- Dr. A. von der Weid, a. Direktor der Freiburger Staatsbank, Freiburg
- (Ein Mandat vakant)

ERSATZMÄNNER

- H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stans
- G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal
- A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne

V. LOKALKOMITEES

(Amtsperiode 1963-1967)

AARAU

Dr. O. Pfiffner, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Elfa A.G. Elektrochemische Fabrik, Aarau, Vorsitzender

K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Stellvertreter des Vorsitzenden

A. Job, Direktionspräsident der USEGO (Union Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten), Olten

BASEL

Dr. h. c. G. Bohny, Präsident des Verwaltungsrates der Nielsen Bohny & Co. Aktiengesellschaft, Basel, Vorsitzender

W. Rohner, Präsident des Verwaltungsrates der Rohner A.G. PratteIn, Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A. G., Basel

BERN

A. Buser, Ing. agr., a. Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, Wabern, Vorsitzender

Dr. W. Weyermann, Fürsprech, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hauser, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Firma Henri Hauser A. G., Biel

GENÈVE

J. Gay, Direktor der Firma Gay Frères, S.A., Thônex, Vorsitzender

J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungsgesellschaft und der Genfer, Allgemeine Versicherungsgesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

LAUSANNE

Ch. Dentan, Bauunternehmer, Lausanne, Vorsitzender

A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S.A., Gland, Stellvertreter des Vorsitzenden

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne

LUGANO

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre, Vorsitzender

E. Ferrari, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Società Anonima Demetrio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden

T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Finapar S.A. Société Anonyme de Participations à des Entreprises Financières, Muzzano

LUZERN

J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz, Luzern, Vorsitzender

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- und Biscuitfabrik Hug A.G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz. Handelskammer, Luzern

NEUENBURG

J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg, Vorsitzender

L. Huguenin, Delegierter des Verwaltungsrates der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Wüthrich, Direktor der Cisac S.A., fabrique de produits alimentaires, Neuenburg

ST. GALLEN

P. Markwalder, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Markwalder & Co. AG., St. Gallen, Vorsitzender

R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn

ZÜRICH

O. Küderli, in Firma Küderli & Co., Zollikerberg, Vorsitzender

R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A.G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur

VI. DIREKTORIUM

MITGLIEDER DES DIREKTORIUMS

Dr. E. Stopper, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. M. Iklé, Zürich

DEPARTEMENTE DES DIREKTORIUMS

I. UND III. DEPARTEMENT IN ZÜRICH

Vorsteher des I. Departements: Dr. E. Stopper, Präsident des Direktoriums

Vorsteher des III. Departements: Dr. M. Iklé, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements: Direktor Dr. J. Leemann, Direktor Dr. W. Kull

Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements: Direktor E. Colombo, Direktor Dr. F. Leutwiler

Abteilungsdirektoren: Fürsprech H. Huber (Rechtskonsulent), Dr. J. Lademann

Abteilungsvorsteher: O. Heyer, H. Nägeli, J. Rudin, H. Schmid, H. Stahel, J. Torgler

Prokuristen: J. Bertschi, Dr. J. Bonorand, E. Brunner, E. Guyer, E. Harlacher, W. Haubensak, A. Kunz, E. Meier, L. Nosedá, W. Obi, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, A. Schoch, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenhach, Th. Benz, W. Brunner, J. Deschmann, J. Dolder, A. Dutli, Dr. A. Föllmi, Frl. F. Graf, A. Grolimund, R. Meier, R. Perret, J. Pfister, R. Raths, F. Schmid, H. Wenziker, Dr. R. Widmer, W. Wunderli, E. Zangger

Agentur Winterthur

Agenturführer: E. Maurer – Prokurist: E. Kaufmann – Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss

II. DEPARTEMENT IN BERN

Departementsvorsteher: A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers: Direktor Dr. M. de Rivaz

Abteilungsdirektor: Dr. P. Flückiger

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Abteilungsvorsteher: H. Baumgartner, W. Bretscher, H. Brunner, R. Raschle, Ch. Schweingruber

Prokuristen: R. Bourqui, H.-P. Dosch, H. Hulliger, M. Isenschmid, Dr. W. Stöcklin, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: W. Gutmann, R. Kuhn, A. Lerch, B. Siegrist, H. Spahni, W. Wey

Agentur Biel

Agenturführer: J. Messmer – Prokurist: P. Bürgi – Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär: Dr. H.R. Läng, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. P. Flückiger, Bern

Prokuristen: Dr. G. Jaquemet und W. Schreyer, Zürich

Handlungsbevollmächtigter: D. Kaeser, Bern

VII. ZWEIGANSTALTEN

A A R A U

Direktor: Dr. R. Erb

Stellvertreter des Direktors: W. Schaffner

Prokuristen: Th. Hensler, A. Widmer

Handlungsbevollmächtigte: F. Merz

B A S E L

Direktor: J. Hablützel

Stellvertreter des Direktors: A. Bertschinger

Prokuristen: A. Spreyermann, R. Winteler

Handlungsbevollmächtigte: H. Brunner, M. Joho, F. Küng,
K. Schär, R. Ulbrich

G E N F

Direktor: L.-M. de Torrenté

Stellvertreter des Direktors: J. Terrier

Prokuristen: M. Berthoud, J. Rossi

Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger,
R. Jaccaz

L A U S A N N E

Direktor: R. Virieux

Stellvertreter des Direktors: A. Weiss

Prokuristen: A. Delacrétaz, O. Grec, F. Verdon

Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, G. Mounoud, J.-P. Rod

L U G A N O

Direktor: Dr. P. Cioccarei

Stellvertreter des Direktors: C. Gaggini

Prokurist: B. Rüttsch

Handlungsbevollmächtigte: A. Balmelli, R. Ghiringhelli,
T. Grassi

L U Z E R N

Direktor: Dr. H. Aepli

Stellvertreter des Direktors: K. Schärli

Prokuristen: A. Birrer, J. Burri, J. Immoos, Ch. Zelger

Handlungsbevollmächtigte: W. Imboden, K. Sidler

N E U E N B U R G

Direktor: R. Hügli

Stellvertreter des Direktors: R. Girardier

Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat

Handlungsbevollmächtigte: A. Tribolet

Agentur La Chaux-de-Fonds

Agenturführer: F. von Arx

Prokurist: J. Henny

Handlungsbevollmächtigte: J. Jolidon

S T . G A L L E N

Direktor: R. Sutter

Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi

Prokuristen: H. P. Menet, R. Siegrist

Handlungsbevollmächtigte: J. Knecht, W. Stieger